

— LINKE JUGENDZEITSCHRIFT AUS BERLIN UND BRANDENBURG —

rot dorn

40 Jahre 1968

*Die Revolte von damals
und die Kämpfe von heute*



Geneigter Leserin, geneigter Leser,

wir haben dem Rotdorn eine Frischzellenkur verpasst. Nicht nur Logo, Layout und Cover wurden verbessert, ihr habt jetzt auch acht Seiten mehr zum schmökern. Außerdem erscheint der Rotdorn ab sofort in gesteigerter Auflage von derzeit 12 000 Stück. Schwerpunkt dieser Ausgabe sind 40 Jahre 68'er Bewegung. Diesbezüglich laden wir euch herzlich ein am 68'er Kongress in Berlin an der Humboldt Universität vom 2. bis 4. Mai teilzunehmen. Weitere Informationen findet ihr auf: www.1968kongress.de.

Wie immer freuen wir uns auch diesmal über jede Form von Kritik, Anregung oder Lob. Schreibt uns eine E-Mail an: rotdorn@gmx.de oder schaut bei einen unserer Treffen im Karl-Liebknecht Haus im ['solid]-Büro (U-Bhf Rosa-Luxemburg Platz) Donnerstags um 19:30 Uhr vorbei. Wir wünschen euch eine schöne Zeit und viel Vergnügen beim Lesen der 49. Ausgabe!

EURE ROTDORN-REDAKTION

Inhalt

Intro: Die umkämpfte Revolte	03
Panzer überrollen den Prager Frühling	04
Interview mit Prof. Dr. Uwe Wesel	05
Wer wir sind und was wir wollen	07
Bildung: Die gestohlene Jugendzeit.....	08
Initiative für ein Grundrecht auf Ausbildung	09
Antifa: Bußgeldbescheide gegen Demonstranten.....	10
Der G8-Gipfel im Rückblick.....	11
Zur Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen.....	13
Vorstadtgangster und Untergrundpoeten	14
Interview mit Prinz Pi.....	15
Blut und Freiheit: Der Hollywoodfilm »300«.....	17
Berlin: Köpi bleibt Risikokapital.....	18
Totalverweigerer stören Wehrpflicht-Normalität	19
Einwurf: Lob der Elite	20
Zur EU-Verfassung.....	21
Barack Obama – Hoffnungsträger oder Entertainer? ..	23
Guatemala nach der Präsidentenwahl.....	24
Politisches Neusprech.....	26

Wald. Bienen summen, Wasser plätschert - und du diskutierst gerade über eine bessere Gesellschaft... Wir gehen in die Pampa und nehmen dich gleich mit, zum linken Pfingstcamp am Störitzsee. Zusammen mit 400 anderen Jugendlichen aus verschiedenen Jugendverbänden erlebst du Pfingsten mal anders: mit Seminaren, Aktionen, grillen, Party und allem, worauf du Lust hast.

Nimm deine Crew gleich mit und melde dich an. Wir sehen uns am Störitzsee!

Anmeldung:
pfingstcamp@solid-brandenburg.de

Ort: Störitzsee bei Erkner
(nahe Berlin)

Kosten:
25€ für Verdiener/innen
10€ für Nichtverdiener/innen

Angebotene Workshops

Die Überwachung ist tot, es lebe der Überwachungsstaat?

Kann ich deine Nummer haben? Zur Kennzeichnungspflicht von Polizisten

Sicherheit vor der Stasi 2.0: Sicher E-Mails, Chatten und Festplatten verschlüsseln

Marx für EinsteigerInnen

EU-Reformvertrag: Es bleibt beim Nein! Oder?

Linke Bildungskritik

„Casino Finanzmarkt“ Eine Einführung

Kein neuer Tagebau! Klimapolitik in Brandenburg

1A Transparente malen

Aktionsklettern zum Ausprobieren

* i m p r e s s u m

Rotdorn
erscheint dreimal jährlich und
hat diesmal eine Auflage von
12 000 Exemplaren
18. Jahrgang Nr. 49 01/08

V.i.S.d.P.

Die Rotdornredaktion

Herausgeber
[solid] Brandenburg/Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.org

Kontakt

Rotdorn
Postfach 87 01 06
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung

Inhaber: solid e.V.
Kontonummer: 43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn

action,
politics,
party,
chillen.

das linke pfingstcamp

09. - 12. Mai 2008 | Störitzland bei Erkner (Berlin)

linksjugend
[solid]



Gedruckt auf Recyclingpapier
aus 100 % Altpapier

Die umkämpfte Revolte

Wie viele Sexualpartner hatten Uschi Obermaier und Rainer Langhans in ihrer Kommune wirklich? Oder worum geht es, wenn in diesem Jahr über die Jugendrevolte von 1968 diskutiert wird?

2008 – das sind 40 Jahre »68«. Und in der öffentlichen Debatte wird in diesem Jubiläumsjahr um die Deutungshoheit über die Revolte von gestern gerungen. Waren die Jugendlichen und Studierenden, die damals gegen den Vietnamkrieg und gegen die faschistische Kontinuität im Nachkriegsdeutschland auf die Straße gingen, nur frustrierte Mittelstandskiddies, waren es Spinner? War die damalige Jugendbewegung in ihrer Verblendung gar mit ihren Nazi-Eltern vergleichbar, wie der alt gewordene Achtundsechziger und jüngst mit dem Bundesverdienstkreuz honorierte Historiker Götz Aly behauptet? Oder war es einfach eine Generation, die an den Widersprüchen der kapitalistischen Verhältnisse verzweifelte und glaubte, diese verändern zu können und auch zu müssen?

In den Auseinandersetzungen um die Deutung der 68er-Bewegung geht es um sehr viel mehr als nur um eine historische Aufarbeitung. Es geht um die Abrechnung mit den Systemkritikern von damals und vor allem auch um die Delegitimierung der Systemkritik überhaupt. Jeder Gedanke an Protest und Revolte, jeder Versuch des Widerstands gegen die Verhältnisse soll delegitimiert und kriminalisiert werden. Wer in der

besten aller Ordnungen so im Quadrat springt, kann nicht ganz richtig ticken, meint jedenfalls der publizistische und wissenschaftliche Mainstream.

Der Deutungskampf um die damalige Bewegung darf deshalb nicht den Kontrahenten und Überläufern von damals überlassen werden. Dabei kann es aber auch nicht um eine unkritische Vereinnahmung gehen, nicht um einen blinden Verteidigungsreflex. Interessant für die gesellschaftliche Linke ist es doch vielmehr, zu prüfen, inwiefern die Impulse, die Erfolge wie auch die Erfahrungen aus den Niederlagen von damals für unsere politische Praxis heute genutzt werden können. 1968 war der Kristallisationspunkt einer radikalen linken Emanzipationsbewegung - diesen Bezugspunkt muss die Linke für sich in diesem Jahr wieder entdecken. Wir brauchen die Auseinandersetzung mit der Revolte von gestern für die Kämpfe von morgen.

Die neue LINKE bringt die herrschenden Eliten zurzeit aus dem Gleichschritt, der neoliberale Zeit-

geist beginnt zu bröckeln. Klar ist dabei auch: Nicht wenige Achtundsechziger von damals gehören zu den Eliten von heute, schreiben für Springer oder sitzen im Auswärtigen Amt, sind also quasi Bestandteil der neoliberalen Hegemonie. Sie gehören heute selbst zu den stärksten Kritikerinnen und Kritikern der damaligen Bewegung, auch um sich selbst zu entlasten. Nicht zuletzt deshalb erscheint die veröffentlichte Debatte um die 68er oft als Gemisch aus der Rache der damaligen Kontrahenten und der demonstrierten Reue der späteren Überläufer.

Wenn die Linke die Erfahrungen der 68er vor diesem Hintergrund für sich produktiv machen will, gehört die Frage nach linker Organisation wie die Frage nach den Mitteln und Wegen weitgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen in den Mittelpunkt der Debatte. Die Linke muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie ein parteipolitisches Folgeprojekt der 68er-Bewegung ausgerechnet in der rot-grünen Regierungsperiode enden konnte, in einer Regierung, die sich den Kapitalinteressen besonders ehrgeizig angedient hat. Auch das gehört zur politischen Agenda in diesem Jubiläumsjahr. Wir müssen die Debatten um 68 als Auftakt für einen spektrenübergreifenden Dialog zur Frage nach der gesellschaftspolitischen Perspektive der Linken verstehen. Für die LINKE, als Partei, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, um welches Verhältnis zu den außer-



▪ Was blieb von »68«?
Kiffen? Freie Liebe? 'Nen bisschen Hippie-Lifestyle ...?

parlamentarischen Linken sie sich bemühen und wie eine moderne linke Partei beschaffen sein muss, um den institutionellen Fallstricken des parlamentarischen Betriebs, dem Sog der Systemintegration, zu entgehen. Das kommt bei den derzeitigen Wahlerfolgen noch zu kurz, ist aber unerlässlich, wenn sie den Grünen nicht in die parlamentarische Sackgasse folgen will. Für die nicht-parteilgebundene Linke wiederum stellt sich die Frage, inwiefern die in den letzten Jahren verlorenen gesellschaftlichen Räume in einer gegenhegemonialen Formation neu besetzt werden können und inwiefern hierzu die neu gegründete linke Partei im besten Sinn instrumentalisiert werden kann.

Die Debatten, die Auseinandersetzungen und Orientierungsversuche der 68er-Bewegung sind also Reflexionsfläche für aktuelle Fragen. Sie bergen Strategien und Erfahrungen im Kampf gegen eine autoritär gewordene Demokratie in sich - erinnert sei nur an das KPD-Verbot, den Ausschluss der SDS-Mitglieder aus der SPD, die Anti-Terrorgesetze und vor allem auch die brachiale Polizeigewalt gegen die Demonstranten, die im Mord an Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 gipfelte. Sie rufen aber auch die linke Kritik an der politischen Ökonomie des Ausbildungssektors auf, eine Kritik, die angesichts der Situation an den Schulen und Hochschulen, wieder auf eine breite und massenfähige Basis gestellt werden muss. In den letzten Jahren wurden schließlich die durch die Achtundsechziger erkämpften Bildungsreformen zurückgedrängt, das Primat der kapitalistischen Ökonomie hat sämtliche Lebensbereiche überrollt.

Die 68er-Bewegung war nicht wirkungslos, ihre zentralen Forderungen jedoch blieben uneingelöst. Mit dem von Linke.SDS und Linksjugend [solid] organisierten Kongress »Die letzte Schlacht gewinnen wir« Anfang Mai in Berlin, soll die Debatte erst beginnen. Wenn es gelingt, die Debatte in der Breite zu führen und Linke jenseits alter Trennungsräben mit einzubeziehen, könnten wir in diesem Jahr den Anlauf nehmen für eine neue linke Oppositionsbewegung. Gründe schließlich gibt es genug.

HAIMO ¶

➤ <http://www.1968kongress.de>

➤ www.linksjugend-solid.de

Am 21. August 1968 morgens um 5:40 Uhr klingelte es bei mir an der Wohnungstür. Mein Vater öffnete noch im Bademantel die Tür. Mein Freund Peter stand aufgeregt im Treppenflur. »Die Russen sind in die Tschechoslowakei einmarschiert! Schnell, machen Sie das Radio an!« Zu dritt saßen wir dann den ganzen Vormittag vor dem Radio und verfolgten so das Geschehen in der ČSSR.

Die jungen Menschen meiner Generation, die politisch interessiert waren, verfolgten die Ereignisse in der Tschechoslowakei seit dem Herbst 1967 mit großem Interesse. Ging es doch in den Ländern, die den So-

zialismus aufbauen wollten, zu dieser Zeit entscheidend um die Frage, ob weiterhin zentralistisch die Wirtschaft und die Verwaltung des Staates von der Parteiführung gelenkt werden sollte, oder ob sich die einzelnen Betriebe, die Städte und Gemeinden stärker selbst verwalten könnten. Der slowakische Parteisekretär Alexander Dubček wurde in diesen Monaten zum Hoffnungsträger. Er hatte 1967 auf der Herbsttagung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei dafür geworben, den Menschen im Lande nicht länger zu misstrauen, sondern ihnen mehr Mitspracherecht bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen anzuvertrauen: »Lassen wir diese negativen Gedanken«, sagte Dubček, »suchen wir vielmehr nach den guten Seiten. Schenken wir den Menschen Vertrauen, sie wollen etwas Neues schaffen, sie suchen nach der Wahrheit, ist das nicht schon etwas Positives?«

Diese Worte bewegten viele Prager, unzählige Tschechen und Slowaken. Sie weckten auch in den 18 bis 25-jährigen der Jahre 67/68 Hoffnungen, dass auch in der DDR das starre ideologische System der Ulbricht-Ära überwunden würde.

Im April 68, während auf der anderen Seite des Atlantiks der Führer der Bürgerrechtsbewegung in den USA, Martin Luther King, erschossen worden war und die Hoffnung auf mehr Bürgerrechte für Jahre starb, klangen die Botschaften aus Prag noch verheißungsvoll. In einem Brief aus dieser Zeit hieß es:

»Ganz am Anfang, im Januar (68), nach der Absetzung Novotnys als Parteichef, herrschte bei uns nur eine neugierige Erwartung, was ›die da oben‹ weiter tun würden. Kaum einer nahm an, dass der Wechsel an der Spitze der Partei für seine persönliche Existenz etwas wichtiges gewesen sein könnte, um so weniger glaubten wir an die Umkehrung eines ganzen Systems, nur weil ›die da oben‹ zerstritten waren.

– ERINNERUNGEN AN DAS JAHR 68

Panzer überrollen den Prager Frühling

Aber bereits nach wenigen Wochen begann sich diese Stimmung rapide zu ändern. In der Presse, im Rundfunk und in der Television lasen, hörten und sahen wir Menschen unglaublich freimütige Gedanken äußern; anfangs blieb man nur aus Neugier an der Sache interessiert, gespannt darauf, was nun passieren würde. Aber die Zensur schritt nicht ein, das ZK trat nicht zusammen, um die lautstark kritisierenden Journalisten zu bestrafen und um väterlich bekannt zu geben, was es alles ›im Interesse der Arbeiterklasse‹ nicht mehr dulden werde.

Ganz im Gegenteil: Dubček, unser neuer Erster Sekretär der Partei, redete auf einer Tagung der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht nur über Düngemittel, Maisanbau und Viehbestand, sondern auch über die ›Selbstbestimmung des Menschen‹. Nicht nur die unteren Funktionäre, Betriebsdirektoren und Kommunalpolitiker wurden kritisiert, sondern ganz öffentlich die Arbeitsweise der Partei, der Gewerkschaft, der Justiz und des Sicherheitsdienstes, und diese Kritik hatte Folgen. Der Generalstaatsanwalt, ZK-Sekretäre, der Innenminister, sie alle wurden ihrer Ämter enthoben. Immer häufiger kommt es zu öffentlichen Versammlungen, – aber nicht mehr, um die Einheit des Volkes zu manifestieren, sondern die Menschen reden frei, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, debattieren und schlagen vor, was weiter geschehen soll. Auf einer dieser Versammlungen wird Novotnys Rücktritt auch als Staatspräsident gefordert; die Versammlung wird

»Es war ein Versuch, die Welt zu verändern ...«

Vierzig Jahre ist es nun her: 1968 schockten die Westberliner Studenten den »freien Teil der Stadt« mit roten Fahnen und Ho-Chi-Minh-Plakaten. Eine studentische Revolte begann mit weitreichenden Folgen. Uwe Wesel, 1969-73 Vizepräsident an der FU Berlin, ist unser Gesprächspartner über die damalige Zeit. Er schrieb u. a. das Buch »Die verspielte Revolution« über die damalige Bewegung.

Worin sind die Ursachen für die Politisierung der Studierenden in Berlin, dem Ausgangsort der Revolte, zu suchen?

»68« in Berlin hat im Grunde schon 1965 begonnen. Der Anfang der Revolte ist auf ein Fehlverhalten der Hochschulleitung an der Freien Universität Berlin zurückzuführen.

Der ASTA hat eine Diskussionsveranstaltung geplant und das Audimax war auch vom Rektorat freigegeben. Der wichtigste Teilnehmer der Diskussion sollte Erich Kuby sein, ein damals sehr bekannter linksliberaler Journalist. Die Hochschulleitung bemerkte einen Tag bevor die Veranstaltung stattfinden sollte, daß Kuby sich negativ über die Freie Universität geäußert hat, und deshalb wurde dem Asta der Raum nun verweigert. Dies hat sehr vorsichtige Proteste der Studenten hervorgerufen, sie sind mit Schildern um den Henry Ford Bau herumgelaufen und haben gegen die Raumverweigerung demonstriert.

Dann kamen noch andere Probleme dazu. Einer der damaligen Assistenten, Ekkehart Krippendorf, sagte, dass nicht das erste Mal seitens des Rektorats Zensur geübt wurde. Er schrieb darüber einen Artikel im SPANDAUER VOLKSBLATT. Der Vertrag Krippendorfs wurde daraufhin nicht verlängert, auch das rief wieder Proteste hervor. 1966 gab es das erste Sit-in im Henry Ford Bau, nach dem Vorbild der Studenten von Berkeley. Dann hat der Rektor die Polizei gerufen und wollte den Henry-Ford-Bau räumen lassen. Man kann sagen, die Hochschulleitung hat einen Fehler nach dem anderen gemacht. Schließlich hatten die protestierenden Studenten die Mehrheit der Studenten auf ihrer Seite.

Ab wann und warum wurde nicht mehr nur die Lage an der Universität kritisiert, sondern auch die gesellschaftliche Situation?

Das lief im Grunde parallel. Es gab eine Veranstaltung zu Vietnam. Dort wurde über die Kriegsverbrechen der Amerikaner diskutiert, die heute allgemein bekannt sind. Dann gab es noch den Vietnamkongress. Auf einer Demonstration vor dem Amerikahaus wurden Eier auf dieses Haus aus Protest gegen die Kriegsverbrechen der Amerikaner geworfen, woraufhin die Westberliner Volksseele auch aufgeheizt durch die Springerpresse hochkochte.

Ganz allmählich, auch durch das Russell-Tribunal in Stockholm, hat sich in der deutschen Öffentlichkeit das Bewusstsein durchgesetzt, dass da möglicherweise in Vietnam und mit den Amerikanern etwas nicht stimmen kann.

nicht von der Polizei aufgelöst, ja, sie wird noch nicht einmal von der Parteizeitung im Nachhinein verurteilt, sondern über ihren Verlauf wird sogar im Rundfunk berichtet. Und dann folgt, was schon wie ein Märchen klingt: acht Tage später legt Novotny sein Amt nieder. In Prag beginnt dieses Jahr der Frühling nicht nur kalendarisch.

Es erwacht der Glaube der Menschen, dass sie wirklich etwas im Staate bewegen können, dass ihr Schicksal vielleicht von ihnen selbst abhängt, dass sie ihre öffentlichen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen können.

Dieses Volk war jedoch nicht ausgewechselt worden, es waren dieselben Menschen, die noch vor kurzem an Staatsfeiertagen ihr Fenster schmückten, an Umzügen teilnahmen, auf Versammlungen zu allem die Hand hoben und das alles auf Befehl »von oben«.



▪ »Sozialismus ja – Okkupation nein« - Plakat aus der Zeit der Intervention

Aber weder das Individuum, noch eine soziale Gruppe, noch gar ein ganzes Volk lebt gern in einer Situation, in der jeder weiß, dass sein Handeln nicht von Werten bestimmt ist, die er in seinem Innersten für wichtig erachtet, nämlich Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit u.s.w., sondern von der Angst vor den Sanktionen, die ihm drohen, wenn er anders handelt als es verlangt wird. Die Befreiung von dieser Angst begrüßt er deshalb wie eine Wiedergeburt.«

Die politischen Hoffnungen der Menschen, die damals in vielerlei Zeugnissen Ausdruck fanden, wurden am 21. August von Panzern der »Bruderländer« überrollt. Sie wurden begraben und die meisten Menschen fielen für zwei Jahrzehnte in Resignation. Zwar wurde Alexander Dubček nicht wie zehn Jahre vorher Imre Nagy (Ministerpräsident während des Budapester Aufstandes im Herbst 1956) heimlich erschossen, aber er wurde all seiner Ämter enthoben und aus der Öffentlichkeit entfernt.

Eine meiner Kommilitoninnen, die mit anderen Protestbriefen gegen den Einmarsch vor der Sowjetischen Botschaft »Unter den Linden« in Berlin verteilte, verschwand für Monate hinter Gittern. Der Versuch, einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu verwirklichen, war wieder einmal gescheitert.

KLAUS KÖRNER ¶

★ Iran ohne Atombombe

Am 3. Dezember 2007 wurde von der zentralen Koordinierungsstelle der 16 US-Geheimdienste, dem sog. NATIONAL INTELLIGENCE COUNCIL (NIC), ein gemeinsames Papier zur aktuellen Einschätzung des Irans herausgebracht. Der NIC kommt zu dem Schluss, dass Teheran sein Atomwaffenprogramm bereits im Herbst 2003 aufgegeben habe. Der Iran besitze heute keine Atomwaffen, geschweige denn ein Atomwaffenprogramm, noch wird es vor 2015 technologisch in der Lage sein, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Von dem Bericht scheinbar unbeeindruckt trommelte George W. Bush weiter gegen den Iran. Anfang Januar 2008 startete Bush eine Nahost Reise, indem er in Abu Dhabi eine flammende Rede gegen den Iran hielt.

★ Harte Anschuldigungen

Ein halbes Jahr nach den G8-Protesten in Rostock sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Von knapp 1500 Verfahren kamen 157 zur Anklage. 50 Demonstranten erhielten Geldstrafen zu 50 Euro, drei wurden zu drei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Zu Urteilsprüchen kam es vor allem wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Geringe Schuld und ungenügende Beweise seien die Hauptursachen für die wenigen Schuldsprüche gewesen. Harte Anschuldigungen und das offensichtliche Bemühen um eine hohe Kriminalitätsstatistik der G8-Demonstranten standen dem gegenüber.

★ Haltestelle Woodstock

Seit zehn Jahren findet mitten im Sommer in Polen das gigantische Sommer-Festival »Haltestelle Woodstock« (polnisch: Przystanek Woodstock) statt. Die Idee des Festivals ist es »Danke« zu sagen für alle Menschen, die jedes Jahr im Januar engagiert bei der Sammlung von Spenden für Kinderkrankenhäuser mithelfen.

Die Haltestelle ist das grösste »Umsonst & Draussen« Festival in Europa und findet dieses Jahr am 1. und 2. August statt.

➤ www.haltestelle-woodstock.de

Das war die Situation in Westberlin. Wie ist die Protestwelle nach Westdeutschland gelangt?

In der Bundesrepublik konnte man von den Protesten der Studenten in Westberlin in der Zeitung lesen, aber herübergeschwappt war die Welle noch nicht. Dies geschah erst durch ein schreckliches Ereignis.

Der Student Benno Ohnesorg wurde beim Schahbesuch am 2. Juni 1967 von einem zivilem Polizeibeamten erschossen. Vor dieser Demonstration gab es eine Informationsveranstaltung, auf der ein persischer Student im Audimax der Freien Universität die Situation in seinem Land schilderte. Er berichtete über die fürchterliche Unterdrückungspolitik des Schahs, der seine politischen Gegner foltern ließ. Das lernten nun die bereits politisierten Studenten der Freien Universität und organisierten eine Demonstration gegen den Schah von Persien.

Durch den Tod Benno Ohnesorgs ist die Protestwelle sehr schnell auf westdeutsche Universitätsstädte übergeschwappt.

Die Protestwelle von 1968 war ein internationales Phänomen. Woran haben sich in anderen Ländern die Proteste entzündet?

Die amerikanische Studentenbewegung hat sich im wesentlichen gegen

▪ Der Krieg in Vietnam politisierte die Generation



FILICR.COM # FINENEWS.COM

die Rassendiskriminierung, also in Sachen Menschenrechte und gegen den Vietnamkrieg engagiert. Die 68'er waren eine Bewegung in der ganzen westlichen Welt, aber auch in Jugoslawien. Der englische Historiker Eric Hobsbawm hat einmal gesagt, das sei wohl noch nie eine Zeit gab, in der die Erfahrung der Jüngeren, also der nach 1933 geborenen mit denen, die vor 1933 geboren sind, so weit auseinanderklaffte, dass es zu einem Zusammenstoß kommen musste.

Das eigentliche »68« aber war die Konfrontation der Pariser Studenten mit der Hochschulleitung und dem Magistrat. Es gab riesige Demonstrationen. Dort in Frankreich ist es den Studierenden gelungen, sich mit den Arbeitern und den Gewerkschaften zusammenzuschließen oder anders gesagt, die Arbeiter und die Gewerkschaften solidarisierten sich mit dem Protest der Studenten. Es gab einen Streik der Gewerkschaften und der damalige Regierungschef, General de Gaulle, hat sich in einen Hubschrauber gesetzt und ist geflohen vor dieser Massenbewegung und zwar nach Deutschland, nach Baden-Baden. Als sich die Situation in Paris wieder beruhigt hatte, kehrte er nach Paris zurück, rief Neuwahlen aus, die er deutlich gewann. Damit ist der Pariser Mai vorbei.

In Frankreich demonstrierten Arbeiter und Studenten anders als in Deutschland gemeinsam. Woran lag das?

Das politische Bewusstsein in der französischen Arbeiterschaft war sehr stark, die französische kommunistische Partei ebenso.

In Deutschland gab es auch starke Gewerkschaften, die waren aber nicht daran interessiert, die Gesellschaft zu verändern, sondern es ging ihnen um Lohnerhöhungen. Die französischen Arbeiter hingegen waren viel stärker politisiert und wollten auch eine andere Gesellschaft.

Wie hat die 68'er Revolte die Bundesrepublik verändert?

Der autoritäre Ton, der die gesamte Gesellschaft und die Atmosphäre in den 50'er und 60'er Jahren geprägt hat, ist weg. Selbst befreundete Studenten siezten sich damals. Die Studentenrevolte brachte einen Modernisierungsschub in die gesamte Gesellschaft. Es war ein Versuch, die Welt zu verändern, der nur teilweise gelungen ist.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE BURKHARD ¶

die rotdornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

★ Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

★ Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation Linksjugend [solid] Berlin und Brandenburg.

★ Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

★ Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung »das Alte« grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser »Kampf um die Köpfe« ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir einen in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

★ Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15 Jahren heraus und wir sehen keinen



Ikonen der Bürgerrechtsbewegung: Martin Luther King und Malcolm X.

Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

★ Kein Redaktionsmitglied bekommt einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

★ Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die »tute blanche« in Italien bis zu »attac« und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

★ Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

★ Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger

als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

★ Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion »DIE LINKE«, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

★ Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unserer Nachkommen gegenüber geschuldet.

★ Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

♦ Die Rotdornredaktion

Die gestohlene Jugendzeit

Alle Parteien beteuern spätestens **abei Wahlkämpfen, wie wichtig ihnen Bildung ist und wie viel in den Bildungsbereich investiert werden sollte. Tatsächlich sieht die Situation an den Schulen auch in Berlin anders aus. Der rigide Sparkurs, der seit der Entdeckung des Haushaltslochs 1995 auch von der rot-roten Koalition betrieben wird, hat seine Spuren an dem baulichen Zustand der Schulen hinterlassen. Meine Schule ist beispielsweise seit ihrer Eröffnung 1982 nicht renoviert worden. Einige Klassenzimmer würde man eher Asozialen zuschreiben als einer Bildungseinrichtung.**

Obwohl es wissenschaftlich erwiesen ist, dass eine geringe Klassenstärke den Lernerfolg fördert, sind Klassen mit 30 Schülerinnen und Schülern die Regel. In Finnland, einem der bestplatziertesten Länder der Pisa-Studie, sind es unter 20.

Nicht zuletzt verlassen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen reihenweise Berliner Lehrer die Stadt. Nachdem der rot-rote Senat die unentgeltliche Mehrarbeit von zwei Stunden anordnete, verweigert er seinen angestellten Lehrern seit Jahren einen Tarifvertrag. Bei der letzten Tarifrunde trat der Senat einfach aus dem »Verband der kommunalen Arbeitgeber« aus und ist somit nicht an einen Tarifvertrag gebunden. Laut aktueller Tarifaussensatzung ist man nicht bereit, auf die vergleichsweise bescheidene Tarifforderung der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) von 2,9 Prozent Tarifloohnerhöhung einzugehen. Dies wäre die erste Tarifierhöhung seitdem 2001 der rot-rote Senat in Amt und Würden kam. Hinzu kommt, dass der Senat seit Jahren grundsätzlich keine Lehrer mehr verbeamtet, was einen Nettolohnverlust von 400 - 500 Euro zur Folge hat – junge Lehrer verlassen Berlin. Dies führt zu einer sichtbaren Überalterung der Berliner Lehrerkollegien.

Nun der jüngste Streich: Seit diesem Schuljahr beginnt das 12jährige Abitur für die neuen Gymnasiasten. Sicher kann man darüber diskutieren, ob nicht auch bereits nach 12 Jahren das Abitur erteilt werden kann. Aber es kommt



einem Schildbürgerstreich nahe, dass die Gesamtunterrichtszeit bis zum Abitur (mindestens 265 Wochenstunden) gleich bleibt. Anstatt in sieben Jahren muss diese Gesamtunterrichtszeit nun eben in sechs Jahren bewältigt werden. Die Folge ist unweigerlich eine randvolle Wochentafel der Schülerinnen und Schüler. Auf der offiziellen Senatsinternetseite wird bekanntgegeben, dass die 7. und 8. Klassen schon 33 Wochenstunden und die 9. und 10. Klassen 34 Wochenstunden haben. Rechnet man noch die Zeit für Hausaufgaben und Klausurvorbereitungen hinzu, kommt man auf eine Wochenarbeitszeit für die 14jährigen, die die von vielen Erwachsenen übersteigt.

Dies führt aufgrund von Unkonzentriertheit nicht nur zu einem Qualitätsverlust des Unterrichts. Wenigstens die Kinder und Jugendlichen sollen Zeit haben. Zeit fürs Spielen, Zeit für Sport mit anderen, Zeit zum Lesen, schlicht Zeit zum groß werden. Hektik, Stress und Leistungsdruck mutet die Gesell-

schaft ihnen noch früh genug zu. Deswegen ungeachtet ist das 12jährige Abitur bereits in 14 der 16 Bundesländer eingeführt, überall ohne die Unterrichtsstunden zu verringern. Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wollen zum nächsten Schuljahr nachziehen.

Eine Umfrage der bayrischen Landes-Eltern-Vereinigung an 114 Gymnasien ergab, dass 75 Prozent aller Eltern angaben, das Lernpensum ihrer Kinder belaste den Familienalltag immens. In Hamburg wurde eine Untersuchung durchgeführt, die das erschreckende Ergebnis hatte, dass 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler unter Stresssymptomen wie Bauchschmerzen, Ess- oder Schlafstörungen leiden. Klaus Kühn vom saarländischen Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte stellt fest, dass die Arbeitsbelastung seiner Patienten »längst Erwachsenenenniveau erreicht hat«. Die Kinder- und Jugendpraxen würden »zur Reparaturwerkstatt einer krankmachenden Schule« (Umfrageergebnisse und das Zitat: DER SPIEGEL Nr.3 2008).

Eine baden-württembergische Mutter, Ellen Nieswiodek, berichtet im selben Spiegelartikel aus dem Leben ihrer Zwillingstochter aus der 5. Klasse. Die Kinder tragen Schulranzen mit einem Gewicht von 9 Kilo, da nun jeden Tag die Anzahl der Stunden höher ist. Und weiter: »Wir müssen jetzt jeden Tag zusammen lernen, oft genug bis acht Uhr abends. Sogar an den Wochenenden dreht sich jetzt alles nur noch um das Thema Schule«. Zeit für Treffen mit Freundinnen hätten ihre Töchter vielleicht noch einmal in zwei Wochen ...

Also, liebe Politiker. Wenn ihr etwas für eine bessere Bildung der Jugend unternehmen wollt, verringert die Klassenstärke, sorgt für eine gute Ausstattung und angenehme Schulgebäude und hebt die Trennung der Jugendlichen auf drei verschiedene Schultypen auf. Die Idee, das Gleiche in kürzerer Zeit lernen zu wollen, ist ein totaler Holzweg, auf dem die Freude am Lernen zu Grabe getragen und die gesamte Jugendzeit gestohlen wird.

Die Wirtschaft jubelt: Das Jahr 2007 sei ein Rekordjahr gewesen, die Ausbildungslücke zwischen BewerberInnen und Ausbildungsstellen geschlossen. Was bitte schön hat das mit der Realität zu tun? Deutschland steckt noch immer im Ausbildungsstau. Fast 1,5 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und verlassen die allgemein bildenden Schule als »VerliererInnen«. Typisch: Die Verantwortungsträger Bundesregierung und Wirtschaft schauen einfach nur zu und handeln nicht.

Schlimmer noch: Die Medien verkaufen den Jugendlichen auch noch, dass es angeblich gar kein Ausbildungsplatzproblem gibt, sondern dass es nur an ihnen liegt und sie entweder nicht flexibel genug oder nicht »ausbildungsreif« sind. Solange es bis in die Mitte der 1970er Jahre ausreichend Ausbildungsplätze gab, haben auch lernschwächere Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten. Die hohen Anforderungen heutzutage grenzen aber viele Bewerberinnen und Bewerber von vorneherein aus, viele Betriebe tun bei der Ausbildungsplatzvergabe so, als ob sie quasi Fachkräfte suchen. Klar, wenn die Nachfrage groß ist, können sie sich jene rauspicken, die wenig Aufwand erfordern und reibungsfrei in den Betriebsablauf integriert werden können.

Was muss in einem jungen Menschen vorgehen, der neun oder mehr

Jahre die Schule besucht hat und jetzt Tag für Tag zu spüren bekommt, dass er nicht gebraucht wird? Jahr für Jahr werden die statistischen Zahlen so hin-gebogen, dass der Eindruck entsteht, alle Jugendlichen hätten die Chance auf einen Ausbildungsplatz im dualen System. Die tausend Jugendlichen, die dennoch keinen Ausbildungsplatz bekommen, werden einfach als »blöd« verkauft.

Fakt ist, dass nur noch die Hälfte aller Jugendlichen überhaupt noch die Chance hat, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten – und die Lücke wächst weiter. Denn diejenigen, die beim Bewerbungsmarathon leer ausgehen, müssen sich im nächsten Jahr erneut bewerben. Im letzten Jahr machten diese so genannten Altbewerberinnen und -bewerber bereits mehr als die Hälfte aller Bewerbungen aus. Wer keinen Ausbildungsplatz ergattert, landet in der Regel in einem Übergangssystem – im Klartext: in einer Warteschleife. Bundesregierung und Wirtschaft stehen sich hier aus der Verantwortung und liefern halb-gare Lösungsvorschläge, die die Situation kaum verbessern. Im-

mer wieder gab es Initiativen seitens der Gewerkschaften und von SchülerInnenvertretungen, um die Lehrstellenkrise zu beenden. Zahlreiche Aktionen, Demonstrationen und Petitionen waren bisher nur wenig von Erfolg gekrönt. Seit Mai 2006 wird neben einer gesetzlichen Umlagefinanzierung ein Grundrecht auf Ausbildung gefordert. Seitdem laufen im Rahmen der bundesweiten Kampagne »Ausbildung für alle« wieder vielfältige Aktivitäten gegen die katastrophale Lehrstellensituation. Ausbildung ist ein Grundrecht. Dieses Recht muss im Grundgesetz verankert werden.

WIR BRAUCHEN EIN GRUNDRECHT AUF AUSBILDUNG!

Zur Erklärung: Die Ausbildungsnot hat eine lange Geschichte. Zum ersten Mal gab es Mitte der 1970er Jahre einen Mangel an Ausbildungsplätzen. Zahlreiche Lösungsansätze sind misslungen. Jetzt brauchen wir endlich eine klare gesellschaftliche Regelung des Rechts auf Bildung – auch für die berufliche Ausbildung.



Der ewigen Suche ein Ende ...



FUCKR.COM # EPWARGLOW

Momentan sieht das Grundrecht in Artikel 12 das Recht auf die freie Wahl der Ausbildungsstätte vor. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1972 bestätigt die gesellschaftliche Ausbildungspflicht der Unternehmen und fordert im Bedarfsfall eine gesetzliche Regelung zur Bereitstellung von genügend Lehrstellen. Dennoch sieht das Bundesverfassungsgericht die freie Wahl des Ausbildungsplatzes nur dann als gegeben an, wenn es mindestens 12,5 Prozent mehr Lehrstellen als BewerberInnen gibt. Daher gibt es bis heute keinen einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz.

Die Landeschülervertretungen Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Sachsen haben nun mit Unterstützung der Gewerkschaften und der hessischen Elternvertretung eine Initiative gestartet. Die Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung soll aus Sicht der Initiatoren Bewegung in eine tot geglaubte Ausbildungsdebatte bringen. Die Petitionsbeteiligten wollen endlich die Regierung und die Wirtschaft zum Handeln zwingen und die Wirtschaft per Gesetz verpflichten, ihrer Verantwortung zur Ausbildung der Jugendlichen nachzukommen. Alle, die sich für eine Ausbildung bewerben, sollten einen Ausbildungsplatz erhalten und nicht in Ersatzmaßnahmen (Warteschleifen) geparkt werden. Was mit Hunderttausenden jugendlicher Jahr für Jahr geschieht, ist ein Wahnsinn. Sie fühlen sich zu Recht abgeschoben. Dem muss entgegen gewirkt werden.

Momentan haben die Beteiligten ca. 70 000 Unterschriften gesammelt. Nachdem am 22. April die Petition an den Deutschen Bundestag überreicht wurde, gilt es, die Debatte noch stärker in die Breite zu tragen. Jede/r Einzelne/r kann dazu beitragen, dass ein von weiten Teilen der Gesellschaft getragener Protest entsteht, den Bundesregierung und Wirtschaft weder übersehen noch überhören können. Erwerbslose, ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen sind schließlich auch Betroffene – als Eltern, Großeltern oder Verwandte der Jugendlichen ohne Ausbildung.

KATHARINA HORN
(STELLV. HESSISCHE
LANDESSCHULSPRECHERIN) ¶

Ob in Neukölln, Dresden, Halbe oder anderswo – Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht!

Am 1. Dezember 2007 marschierten 600 Neonazis aus der ganzen Bundesrepublik für ein rechtes Jugendzentrum durch Berlin-Neukölln. Am Rande des Aufmarsches kam es immer wieder zu Protesten. Über 1000 Menschen stellten sich auf verschiedenste Art und Weise den Neonazis in den Weg. Auf der von einem breiten Bündnis organisierten Gegenkundgebung Wolfgang Thierse, der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper (SPD) und der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Gregor Gysi. Momper und Gysi wiederholten unter dem Beifall der DemonstrantInnen ihre Forderungen nach einem Verbot der NPD. Ein Verbot der NPD sei »eine Bringepflicht der Po-

litik in diesem Land«, sagte Momper, Gysi bezeichnete die NPD als »verfassungswidrig«. Einhellig begrüßten sie das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Neonazis.

Einigen GegendemonstrantInnen soll ihre Zivilcourage jetzt aber teuer zu stehen kommen. Etwa 100 AntifaschistInnen hatten an der Lipschitzallee/Fritz-Erler-Allee den Naziaufmarsch zeitweilig blockiert. Die Polizei räumte die Straße und stellte von 40 Personen die Personalien fest. Mitte Januar 2008 erhielten sie vom Berliner Landeskriminalamt wegen »Teilnahme an einer unerlaubten Ansammlung (§113 OWiG)« einen Bußgeldbescheid in Höhe von 223 Euro.

Es ist unverständlich und unerträglich, wenn einerseits von PolitikerInnen aller demokratischen Parteien immer wieder Zivilcourage gegen Rechts eingefordert wird und andererseits tatsächlich gezeigte Zivilcourage mit Bußgeldverfahren und auch mit Verletzungen als Folge brutaler Polizeiaktionen »bezahlt« werden müssen. Ziviler Ungehorsam ist ein legitimes Mittel, sich gegen Naziaufmärsche zur Wehr zu setzen. Viele von den Bußgeldbescheiden Betroffenen haben das skandalöse Verhalten der Berliner Polizeibehörden nicht hingenommen und Widerspruch gegen die Bescheide eingelegt.

Wir erklären: Wenn Nazis marschieren, werden wir dagegen protestieren. Wenn es notwendig ist auch mit einer Blockade! Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Wir fordern die Rücknahme der Bußgeldbescheide!

ERKLÄRUNG DES VVN-BDA
BERLIN ([WWW.VVN-BDA.DE](http://www.vvn-bda.de)),
UNTERSTÜTZT VOM
ANTIFASCHISTISCHEN
BÜNDNIS SÜD-OST
(ABSO-BERLIN.TK)
UND VIELEN WEITEREN
UNTERSTÜTZERN. ¶

SPENDENAUFRUF

Unterstützt die Betroffenen mit Spenden unter dem Stichwort: »Rudow«!
Konto: Berliner VVN-BdA e.V.,
Postbank, BLZ 100 100 10,
Kto. 315 904 105



FLICKR.COM # HAUSBUCKER

– DER SICHERHEITSWAHN UND DIE STAATSMANÖVER RUND UM DEN GIPFEL – IM RÜCKBLICK AUFBEREITET VON MARCO HEINIG/[‘SOLID]-»SMASH-G8« AG (SOLID-WEB.DE)

Protestierst du noch oder sitzt du schon?

Mit stolz geschwellter Brust verkündete die Regierung Anfang 2006 von ihren Plänen, den Gipfel mittels eines 15 km langen Zauns rund um das Seeheilbad Heiligendamm, zu schützen. Dieser wurde zum Symbol für das gesamte staatliche Vorgehen. »Sicherheit« – ein Schlagwort, eine Metapher, ein Versprechen – aber vor allem eine Drohung für all jene, die das machtpolitische Sommermärchen der deutschen G8-Präsidentschaft stören könnten.

Der Antiterror-Paragraf §129a* war hierbei ein willkommener juristischer Türöffner, der nicht nur zahlreiche Hausdurchsuchungen sondern auch das Abhören ganzer Netzwerke ermöglichte, ohne dass ein hinreichender Straftatverdacht vorlag. Man wollte einfach mal auf den »Busch klopfen« um zu schauen was sich bewegt – lässt die Bundesanwaltschaft freimütig verkünden. Die bürgerliche Empörung lässt nicht auf sich warten und auch die Linke reagiert mit erstaunlich großen Spontandemonstrationen.

Von nun an sind militante Autonome ein Lieblingsthema der Medien und Herrschenden – und irgendwie bleibt bei vielen im Hinterkopf: »Irgendetwas muss ja dran sein am Terrorverdacht«. Die einen sorgen sich um ihr Schuhgeschäft in der Rostocker Innenstadt,

* DER »ANTITERRORPARAGRAPHE« §129A

In den 90er Jahren standen der Anzahl von 1362 Personen, gegen die ermittelt wurde, 38 Verurteilte gegenüber. Das Verhältnis von später eingestelltem Ermittlungsverfahren zur Verurteilung wegen §129a lag also bei 97 zu 3 Prozent (Zum Vergleich: Üblich ist eine »Anklagequote« von rund 45 Prozent). Alle Verfahren waren mit Hausdurchsuchungen und Telefonüberwachungsmaßnahmen verbunden, in sehr geringem Umfang sind Kronzeugen aufgetreten.



▪ Blockadeaktion während des Gipfels

die anderen um die angestrebte Massenmobilisierung und der Staat darum, dass er am Ende irgendwie mit Russland verglichen werden könnte. Eine Rechtfertigung ist dringend notwendig. Also verteilt man Platzverweise in Heiligendamm (Wochen vor dem Gipfel), pusht Farbbeutel zu Terroranschlägen auf, verweigert der Protestbewegung Plätze für Camps, unterbindet mit Polizeigewalt Blockadetrainings und spricht schon mal großflächige Demonstrationsverbote aus. Es ist ein Kampf um die öffentliche Stimmung – und die Sicherheitsbehörden führen ihn offensiver denn je, mit einer bisher einmaligen Behörden-übergreifenden Pressearbeit. »Grundlos wird das alles nicht sein« – ist ein gängiger Gedanke des geneigten TV-Zuschauers denn das herrschende Polizeibild ist vor allem geprägt durch Kriminalromane und Tatort-Kommissare.

GSG-9-EINSATZ GEGEN RANDALIERER

Trotz der auf Einschüchterung zielenden Medienarbeit, der präventiven Sicherheitsverwahrung und den Grenzkontrollen inklusive Einreiseverweigerung, schafften es hunderttausend nach Rostock und sollten nun Zeuge eines bizarren Schauspiels werden. In einer Rostocker Kneipe unweit von den Auseinandersetzungen am Samstag sahen erschöpfte Aktivisten wie im Fernsehen live von schweren Ausschreitungen berichtet wurde. Kommentiert wie ein Fußballspiel wurde ein und das selbe brennende Auto immer wieder gezeigt, ein geschickter Schnitt und Perspektivwechsel ließen den Zuschauer etwas anderes sehen als das, was er vor wenigen Minuten noch am eigenen Leib erlebt hatte. Von hunderten schwer verletzten Polizisten war da die Rede – das es am Ende nur

zwei waren, stört da kaum – es ging um den Gesamteindruck.

Die Union forderte direkt den Einsatz der GSG-9 gegen Randalierer. Diverse Protagonisten des Anti-G8 Bündnisses distanzieren sich vom »Schwarzen Block« und die Monate lang vorbereitete Protestwoche schien bereits zum Auftakt ein Fiasko zu werden. Die Rechtfertigung für das immense Polizei- und Militäraufgebot war somit endlich gegeben, fast schon Erleichterung war den gespielt empörten Vertretern des »Sicherheitsstaates« anzumerken.

»DIE KAVALA HAT UNS BEHANDELT WIE DEN LETZTEN DRECK«

Es folgten eine faktische Aufhebung des Grundrechts auf Demonstrations- und Bewegungsfreiheit. Unzählige un- oder schlecht begründete Platzverweise. Hunderte un- oder schlecht begründete Gewahrsamnahmen – zum Teil aufgrund von Eddings, dem Auto-kennzeichen (Wendland) oder schwarzer Kleidung.

Die wahre Macht der Sonderbehörde KAVALA wurde nun sichtbar. Alle Trennungsgelote (z. B.: Bund ↔ Land, Geheimdienst ↔ Polizei) und Prinzipien der Gewaltenteilung (vor allem: Exekutive ↔ Judikative) wurden erfolgreich unterlaufen. Sogar Schulungen für Strafrichter durch die Polizei hatte es im Vorfeld gegeben. Eine Superbehörde war geboren. Gefangenenkäfige á la Guantanamo kombiniert mit so ziemlich jeder Rechtsverletzung, die in Zusammenhang mit Gefangenrechten begangen werden kann – ist durch das LEGAL TEAM dokumentiert worden. Bis zu sechs Tagen sind einige AktivistInnen in Gefangensammelstellen in Gewahrsam genommen worden, ihre Unterbringung in Käfigen war »unmenschlich« und ihre Versorgung »miserabel«. Den AnwältInnen wurde der Zugang zu ihren Mandanten verweigert. »Die Kavala hat uns behandelt wie den letzten Dreck«, meinte dazu ein Mitglied des LEGAL TEAMS.

Neben dem Ausschluss von AnwältInnen kam es auch zu Übergriffen auf selbige sowie auf JournalistInnen durch die Polizei. Eine Polizeistaats-Atmosphäre umgibt Rostock und bestimmt die Debatten der GipfelgegnerInnen. Ängste kursieren – und nur haarscharf schlittert die »Bewegung der Bewegungen« an einer Spaltung vorbei als der erste Blockadetag und eine Entscheidung über selbigen ansteht.



F A C T S / /

- ★ 17.000 POLIZISTEN ★ DARUNTER 1.100 SOLDATEN ★ 1.112 FREIHEITSENTZIEHUNGEN
- ★ 850.000 GRENZKONTROLLEN ★ 155 ZURÜCKGEWIESENE AN DER GRENZE ★ MEHRFACHE NACHGEWIESENE MEDIENMANIPULATION
- ★ 42 HAUSDURCHSUCHUNGEN ★ ERFOLGREICHE KLAGE GEGEN HAUSDURCHSUCHEN BEIM BGH – BLEIBT KONSEQUENZLOS ★ ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN DEN »AGENT PROVOCATEUR« WIRD EINGESTELLT ★ 1.447 ERMITTLUNGSVERFAHREN (DAVON CA. 1.000 BEREITS EINGESTELLT) ★ 44 RECHTSKRÄFTIGE VERURTEILUNGEN (NOV. 2007)

HABEN SIE INTERESSE AN EINER MILITANTEN AKTION?

Als die Blockaden zu einem Erfolg wurden, die Medien und die lokale Bevölkerung den übertrieben brutalen Polizeieinsatz kritisieren und sich eine Reihe von Pressemeldungen der KAVALA als bewusste Falschmeldungen herausstellten, kippt die Stimmung. Die Sicherheitsbehörden gelangen in Erklärungsnot – und es dauert nicht lange, da versucht ein verummter Demonstrant andere von militanten Aktionen zu überzeugen – mitten auf einer bereits erfolgreichen Blockade.

Er wird als Bremer Bereitschaftspolizist enttarnt.

Ein seltener Glücksfall, aber auch ein Umstand, der im Kontext einer solchen Medieninszenierung nun auch den letzten Optimisten nicht mehr an Zufälle glauben ließ und ebenso eine Neubewertung der Ereignisse vom Samstag notwendig machte. Es folgte das übliche Spiel bei politischen Skandalen – erst einmal alles abstreiten und dann das nötigste eingestehen. Denn selbst die mit Krabbenschnittchen und Champagner versorgten JournalistInnen im Medienzentrum der Bundesregierung wurden nun hellhörig.

MY DEMOCRACY IS MY CASTLE

Und sie schlugen hoch, die Wellen der Empörung – »Rechtsstaat« rief die eine, »Demokratie« der andere. Die Kritik an den Vorgängen während der Gipfeltage und der »heißen Phase« im Vorhinein – lief dabei auf der selben Schablone wie schon die Kritik am Lauschangriff, den Schily-Paketen und aktuell der Vorratsdatenspeicherung. Faschismusvergleiche als politisch unkorrekte Form des Vorwurfs »autoritärer Sicherheitsstaat« gehen einher mit DDR Vergleichen und allerlei staatsliberaler Forderungen.

Die Kritik führt nur in seltenen Fällen zu einer grundsätzlichen Kritik am bürgerlichen Staat – denn dieser könnte ja ganz gut funktionieren, wenn: »Gewaltenteilung, die Grundrechte und die Unschuldsvermutung ernst genommen werden würden«. Und so ertappt sich auch der radikalste Aktivist bei einem Demokratie-Idealismus der sich immer wieder aufs neue an der Wirklichkeit blamiert. So sind es doch die AktivistInnen gewesen, die sich das Recht auf Protest und Widerstand schlicht und einfach genommen haben. Dank der fünf Finger konnte es ihnen dieses Mal nicht verwehrt werden. Und auch in Zukunft werden progressive gesellschaftliche Veränderungen das Resultat von politischen Kämpfen und günstigen Kräfteverhältnissen sein. Nicht aber das Produkt von geschicktem Agieren in dem vom demokratischen Staat dafür vorgesehenem abgesteckten Fleck – egal wie großzügig dieser bemessen ist.

MARCO HEINIG ¶

LITERATUR

Feindbild Demonstrant – Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation; Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes, (AutorInnenkollektiv), Hamburg 2008.

Kann ich deine Nummer haben?

29. 10. 2005, ZWISCHEN FRANKFURT (ODER) UND BERLIN

Im Interregio wird ein Kameruner, obwohl er dem Schaffner zuvor einen gültigen Fahrschein vorzeigen konnte, von zwei Polizeibeamten abgeführt. Nach Zeugenberichten werden ihm dabei die Arme für längere Zeit schmerzhaft verdreht, mehrmals wird ihm Reizgas ins Gesicht gesprüht.

27. 01. 2007, FRANKFURT (ODER)

Eine Sitzblockade zur Verhinderung einer Nazi-Demonstration wird von der Polizei unverhältnismäßig brutal aufgelöst, dabei werden mehrere Teilnehmer_innen der Blockade verletzt, einer erleidet sogar Knochenbrüche.

01. 09. 2007, NEURUPPIN

Sieben Demonstrant_innen, darunter eine Bundestagsabgeordnete, werden bei einer Kundgebung gegen einen Naziaufmarsch durch den Einsatz von Pfefferspray verletzt. In der Folge werden sechs Anzeigen wegen Körperverletzung gegen die beteiligten Polizeibeamt_innen aufgenommen.

Was sich liest wie die Akte eines gemeingefährlichen Verbrecherrings ist Teil der persönlichen Bilanz der Brandenburger Polizei. Zu Übergriffen wie den hier beispielhaft beschriebenen kommt es immer wieder, in den wenigsten Fällen kann jedoch gegen die mutmaßlichen Täter_innen ermittelt werden. Nicht verwunderlich, denn hinter der Kampfmontur, den Arm- und Beinschonern sowie dem farblich passenden Helm in grünweiß-schwarz, die mittlerweile bei fast jeder Demo zum Einsatz kommen, ist kein Mensch mehr identifizierbar. Dies ist scheinbar auch gewollt, denn die ungerechtfertigte Gewalt, die von Polizist_innen ausgeht, hat Abschreckungscharakter und PolitikerInnen vieler Couleur sind sich dessen durchaus bewusst. Immer öfter wird bereits vor Demonstrationen gewarnt, dass die Polizei hart durchgreifen werde.

HeldInnen des Alltags, die sich gegen Neofaschist_innen und andere Demokratiefeinde à la Schäuble zur Wehr setzen, sollen hierdurch kriminalisiert und als Gefahr für die Gesellschaft isoliert werden. Richtig schizophrene endete dies im vergangenen Jahr, als gegen mehrere junge Menschen wegen ihres Protestes gegen das Nazi-Gedenken in Halbe Bußgelder verordnet wurden. Noch zuvor hatten PolitikerInnen aller Parteien zum Protest aufgerufen. Jenseits von Bußgeldverordnungen wurde auch Halbe bereits mehrfach zum Tatort – wenn Polizeibeamte überschüssige Energien oder persönlichen Frust an jungen Demonstrierenden ausließen.

Um solche Übergriffe strafrechtlich verfolgen zu können, bedarf es einer individuellen Kennzeichnungspflicht. In Berlin gibt es die Kennzeichnungspflicht für ganze Einsatzgruppen, das heißt, ganze Einheiten sind mit einem gemeinsamen Code versehen. Erfahrungen zeigen jedoch, dass dies nicht ausreicht, denn auch Anzeigen gegen eine gesamte Einheit sind kein Garant dafür, dass sich die oder der Schuldige in den Reihen der Polizei zweifelsfrei ausmachen lässt. Nicht zuletzt deshalb, weil die Beamt_innen, die sich oftmals seit Jahren kennen, häufig gegenseitig decken.

Um das Szenario gezielter Verfolgungen und Bedrohungen einzelner Beamt_innen und ihrer Angehörigen auszuräumen, sollten Modelle der individuellen Kennzeichnung eingeführt werden, die für jeden Einsatz wechselnde Nummern vergeben. So ist zum Einen die Identifizierbarkeit der schwarzen Schafe im Staatsdienst gegeben, zum anderen werden die Persönlichkeitsrechte der Polizist_innen gewahrt.

KATHARINA DAHME,
LANDESSPRECHERIN DER LINKS-
JUGEND [!SOLID] BRANDENBURG ¶

MITMACHEN

Die Landesverbände Brandenburg und Berlin der Linksjugend [!solid] werden sich in den kommenden Monaten verstärkt für die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht stark machen. Wer sich dabei einbringen möchte, kann sich mit einer Mail an die Autorin des Beitrages wenden:
✉ kontakt@solid-brandenburg.de

PFINGSTCAMP

Auf dem Pfingstcamp der Linksjugend [!solid] wird es einen Workshop zum Thema Kennzeichnungspflicht geben. Weitere Informationen und Anmeldung siehe Seite 2.





FLUCKER.COM # SONNENKORB + HEARUITT

»DEFINIER MIR
HIPHOP, DEFINIER
MIR NO SELLOUT...«

Zunächst einmal gilt es zu erwähnen, dass HipHop mindestens seit Ende der 70iger Jahre aus vier Elementen besteht – Graffiti, Breakdance, DJing und Rap. Nur das letztgenannte Element erfreut sich bei der kommerziellen Verwertung im Moment großer Beliebtheit. Damit lässt sich wohl am meisten Geld verdienen. Dadurch gab und gibt es hier auch sehr viele Entwicklungen, die allerdings nicht immer positiv sind. Rapper können am ehesten von ihrer Kunst leben und sich dieser ganz widmen, was aber nicht immer zur Weiterentwicklung der Musik geführt hat. Im Gegenteil, viele sind auch hierzulande Sklaven der Musikindustrie geworden und versuchen Rap in ein Popschema und Image zu pressen, dass sich stark am amerikanischen Mainstream-Vorbild orientiert und die Themen Drogen, Gewalt und Sex besetzt. Hart, gesetzlos und wild, ähnlich wie das Rockerimage, nur coolere Klamotten und mehr Goldketten. Nichts für Schwule, die scheinbar alles Weicheier sind. Die wirklichen Entwicklungen finden dagegen meist im Underground statt, ohne Geld, Vertrag oder Major.

In Amerika gab es in der Vergangenheit im Konkurrenzkampf, bei

Deutscher HipHop – Vorstadtgangster und Undergroundpoeten

dem nicht die Musik, sondern die Dollars im Vordergrund standen, schon mehrfache Todesfälle in der Szene. In Deutschland nehmen ebenfalls Schlägereien unter KünstlerInnen und in deren Umfeld zu, wenn es um größere Summen Geld und Majorverträge geht, wobei es ungewiss ist, ob echt oder nur Marketingtrick wegen des Images.

Man merkt, dass der Markt eng und hart umkämpft ist. Ein aktuelles Beispiel ist der Schuss in die Brust von MASSIV, den dieser schwer verletzt überlebte, kurz vor seinem ersten Album-Release über ein Majorlabel.

»FREMDE IM EIGENEN LAND... «

Aber in Deutschland, wie auch in Amerika gab und gibt es immer Leute, die neue, unkonventionelle Musik ohne die Industrie gemacht haben, ohne Images zu kreieren oder Gangster zu imitieren. In den USA sind das zum Beispiel THE COUP oder DEAD PREZ.

In Deutschland rappten als erstes ADVANCED CHEMISTRY und DIE FANTASTISCHEN VIER auf Deutsch. ADVANCED CHEMISTRY waren gesellschaftskritisch und politisch. Sie machten in ihrer Musik Anfang der 90iger auf die gesellschaftlichen Missstände, gerade im

Umgang mit Migranten aufmerksam, in einer Zeit als in Rostock Lichtenhagen und anderswo die Asylbewerberheime brannten.

Torch, Mitglied der Gruppe, war auch Mitglied der ZULU NATION – eine amerikanische HipHop-Bewegung, die sich in den USA als Gegenprojekt zum Gang-Wesen gründete. Gewalt und Drogenkonsum war für Mitglieder tabu. »Fremd im eigenen Land« war einer ihrer bekanntesten Songs. Dieser Titel musste aktuell für ein Album des Aggro-Rappers FLER erhalten, welches mit der ursprünglichen Idee allerdings nichts zu tun hat.

LA FAMILIA

In der Folgezeit entstanden in Deutschland überall kleine HipHop-Label und Gruppen, die sich trotz industrieller Einflüsse ihren Musikstil bewahren konnten. Zu nennen wären da zum Beispiel 360 GRAD RECORDS, KOPFNICKER, ROYAL BUNKER, PHLATLINE, und EIMSBUSH. Mitte der 90iger kam Deutschrap ins Fernsehen mit Sendungen wie WORD CUP, FREESTYLE, MIXERY RAW DELUXE und SUPREME. Es gab und gibt immer noch große Festivals wie FLASH, SPLASH und das

HIPHOP-OPEN mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen.

2001 war wohl das HipHop-Jahr in Deutschland mit der wahrscheinlich größten Zahl an Veröffentlichungen, übrigens heute wie damals oft parallel auf CD und Vinyl, und dem größten SPLASH-Festival mit 40 000 TeilnehmerInnen. Danach schwächte sich der Hype ab und die Verkaufszahlen gingen zurück, beschleunigt auch durch das verstärkte Downloaden der Musik. Dies traf die kleineren Labels am stärksten. Viele KünstlerInnen wurden gedropt und unter anderem das Label EIMSBUSH aufgelöst. Die Musik wurde ab da verstärkt der Industrie untergeordnet und schematisiert.

»ERZÄHL DEINE BLINDDARMNARBE SEI 'NE SCHUSSWUNDE!«

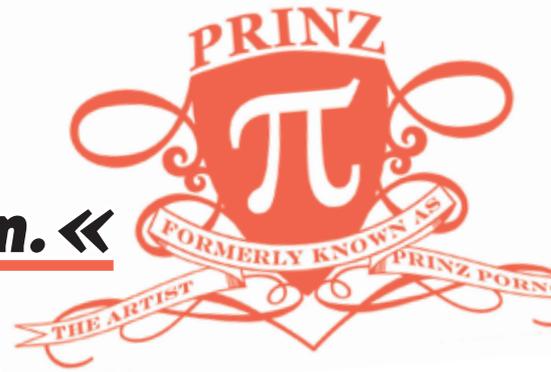
Aus Battle- wurde Gangsterrap und dieser dann salonfähiger Mainstream. Der Rest verschwand weitestgehend wieder im Untergrund. Viele KünstlerInnen beendeten ihre Karriere, andere besannen sich auf die Anfänge und gründeten notgedrungen neue kleine Labels wie SELFMADE, KOPFHÖRER oder NO PEANUTS. In der gesellschaftlichen Debatte werden diese aber kaum wahrgenommen. Doch HipHop ist wie jeder andere Musikstil vielfältig geblieben. JedeR wird also, sofern er oder sie sich für den Viervierteltakt erwärmen kann, etwas passendes für sich finden. So gibt es weiterhin Musiker, die nicht vor linken oder gesellschaftskritischen Texten zurückschrecken. Nennen kann man hier zum Beispiel noch junge Künstler wie SCHLAGZEILN, HOLGER BURNER, CHAOZE ONE, ALBINO und NESTI, aber auch alte Hasen wie PRINZ PI, DIE FIRMA, CURSE, MAIN CONCEPT oder aus Österreich TEXTA und DIE ANTWORT.

Kritisch wäre noch zu bemerken, dass HipHop sehr männerdominiert ist. Aber es gibt auch hervorragende KünstlerInnen wie FIVA MC, PYRANJA, SUKEE oder SHERAW. Hier bedarf es aber noch mehr Mut für das Mikrofon. Mit der Auflösung des Berliner Traditionslabels ROYAL BUNKER am ersten Weihnachtsfeiertag 2007 hat Deutschrap einen weiteren schweren Schlag zu verkraften. Aber auch das wird die Musik überleben, die in Deutschland nun schon seit über 15 Jahren bestehen kann und wesentliche Jugendkultur und Bewegung ist, denn »HipHop braucht kein Mensch, aber Mensch braucht HipHop...«.

CHRISTIAN ¶

– INTERVIEW MIT DEM BERLINER RAPPER PRINZ PI

»Wir sind hier und können das Land umkrepeln.«



Im Rahmen unserer Radiosendung **Interviewten wir den Berliner Rapper Prinz Pi. Prinz Pi studiert Kommunikationsdesign an der Kunsthochschule Weißensee. Der Musiker ist Jahrgang 1979 und hatte 1998 seine erste Veröffentlichung auf der »Berlin Compilation Nr. 1«. Sein aktuelles Album »Donnerwetter« schaffte es bis auf Platz 56 der deutschen Charts. Das nächste Album ist bereits für den Herbst 2008 angekündigt.**

Woran liegt es, dass Du im Gegensatz zu vielen Rappern auch politische Texte machst?

Ich glaube, dass die meisten HipHopper am liebsten über sich selber sprechen und wie cool sie sind und wie uncool die Anderen sind. Ich setzte es schon als gegeben voraus, dass die Leute wissen, dass ich cool bin (lacht) und darum meine Musik hören. Deshalb muss ich nicht weiter über mich reden, sondern über Sachen, die wichtig sind und das ist halt Politik.

Ich glaube, dass wir in einer Zeit leben, wo es für jeden wichtig ist, sich über Politik Gedanken zu machen. Es gibt sehr viele Sachen auf der Welt, die irgendwie gar nicht cool und richtig sind und über die man halt nachdenken und reden muss. Und das mache ich mit meiner Musik.

Du machst ja auch durchaus Texte über die Veränderung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft vom Sozialstaat hin zum ausgewachsenen Neoliberalismus.

Ja, auf jeden Fall, und ich denke, dass affektiert halt auch sehr viele Jugendliche. Die sehen das einfach an ihren Zukunftschancen. Natürlich gibt es wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze. Aber selbst wenn man eine richtig gute Ausbildung hat oder an der Uni einen richtig guten Abschluss hat, muss das nicht heißen, dass du in dem Land hier einen guten Job kriegst. Viele Leute gehen halt ins Ausland, man kennt diesen »Brain Drain« nach Amerika.

Ich hab auch das Gefühl, dass die ältere Generation nicht an die jungen Leute glaubt und ihnen nichts zutraut. Die denken halt das einzige was die jungen Leute interessiert ist Flattrate-Saufen oder Handyklingeltöne runterladen, aber sie wollen nichts verändern, die wollen nichts machen oder sich den Arsch aufreißen. Ich glaube, dass wollen die Leute schon, wenn sie eine Chance dazu haben. Das ist es was ich versuche mit meiner Musik rüber zu bringen. Wir sind hier und können das Land umkrepeln, wir können es natürlich auch ins Chaos stürzen, das wäre vielleicht auch spaßig. Wir können halt auf jeden Fall was bewirken.

Was ist repräsentativer für die HipHop-Szene, deine Musik oder das von den Medien vermittelte Bild: böse, brutal und gewalttätig?

Ich glaube, dass ich leider die Ausnahme bin. Die meisten HipHopper oder Rap-Musiker oder wie man sie halt nennen will, die sind schon ziemlich selbstbezogen. Die Leute rappen halt die ganze Zeit darüber, dass sie halt die coolsten sind und die anderen nicht so cool sind und dass sie selber krass viel Geld verdienen müssten, und vielleicht verdienen sie auch viel, und wenn das halt nicht der Fall ist, dann ist es halt völlig ungerechtfertigt, dass sie noch nicht die ganzen Bitches, Autos und das ganze Bling-Bling am Start haben. Diesen Leuten wird es zwar irgendwie nicht zu dumm.

Aber ich glaube, den Hörern wird das irgendwann zu dumm werden und dann werden auch noch mehr Leute Lust auf so eine Musik haben, wie ich sie mache. HipHop ist eine wahnsinnig geile Musik. Das ist halt einfach die Musik meiner Generation, ich bin mit dieser Musik aufgewachsen. Das ist eine Musik, die in jede Sparte offen ist. Man kann sie kreuzen mit Rock,



mit Punk, mit klassischer und elektronischer Musik. Du kannst halt wahnsinnig viel damit anstellen. Und da ist es einfach schade, dass die meisten Protagonisten so krass stereotyp sind.

Ist es vielleicht auch ein wenig auf die gesellschaftliche Situation zurückzuführen, dass sich einige in Traumwelten flüchten und zu den Stars aufblicken, die es geschafft haben, weil vielen Jugendlichen der normale Weg über Ausbildung und Studium verwehrt bleibt?

Auf jeden Fall. Das ist ein wichtiger Punkt. Ich hab mal auf YouTube einen Ausschnitt von Stefan Raab gesehen. Da ist so'n Mädchen, die wird gefragt: Was willst du werden? Und dann sagt sie so: Ja, äh, Superstar. Und dann wird sie weitergefragt: Ja und wenn du das nicht werden kannst, was dann? Und sie: Ja, äh, halt Hartz IV, ne.

Das ist eben wirklich dass, wozwischen die Leute pendeln. Viele denken, wenn sie sich irgendwo krass zum Horst machen, bei Stefan Raab oder »Deutschland sucht den Superstar«, dann werden sie von 0 auf 300 Großverdiener und ganz, ganz angesagt auf einmal wie Daniel Küblböck oder Jürgen aus dem Container oder halt diese ganzen anderen Schwachmaten. Oder sie landen wieder zurück in der Arbeitslosigkeit und betäuben sich damit, dass ihnen dieser Traum irgendwie zusteht.

Du beschränkst dich nicht nur darauf, politische Botschaften mit der Musik zu vermitteln, sondern du engagierst dich auch ganz konkret. Wollen wir jetzt einfach mal dem Motto folgen: Tue Gutes

und rede darüber. Du kommst eben gerade aus Afrika zurück?

Ja, wir haben Workshops gegeben für Straßenkinder in Tansania. Wir haben mit denen Lieder gemacht für einen Benefiz-Sampler. Wir haben mit den Leuten dort etwas Aids-Aufklärung betrieben.

Es ist natürlich nicht so, dass wir irgendwie denken, wenn wir für zwei Wochen runter nach Tansania fahren, dass wir dort irgendwie die gesamte Situation ändern können. Aber wir können auf jeden Fall mehr ändern, als wenn wir dort gar nicht hinfahren. Wir können versuchen, ein bisschen dort hinzubringen und es ist sicher, dass wir auch viel von dort mitnehmen an Eindrücken. Und dann können wir uns hier für dieses Thema stark machen. Ich denke, dass Aids und fehlende Bildung zusammen gehören. Das geht die ganze Welt an. Die ganze Welt ist ein geschlossenes System.

Wie ist Eure Musik angekommen in Afrika?

Die Sprache unserer Musik wurde natürlich nicht verstanden. Aber die Leute fanden es trotzdem irgendwie geil. Die Leute sind total durchgedreht und haben sich einfach gefreut. Es herrscht dort eine viel größere Freude über Dinge. Hier sind die Leute immer so: Naja, war ja ganz toll, da habe ich aber schon mal was Spektakuläreres gesehen. Oder: Ja, der Film war ganz gut, aber die Spezialeffekte waren bei dem anderen STARWARS doch noch besser. Die Leute hier sind einfach ultra mäkelig, obwohl sie eigentlich wahnsinnig viel haben. Dort haben die Leute sehr wenig, freuen sich aber viel schneller.

Natürlich würde ich mir wünschen, dass die Leute dort auch mehr haben. Die Leute wissen einfach viel mehr Dinge zu schätzen.

Was hast Du als nächstes musikalisch geplant?

Im späten Sommer wird mein nächstes Album an den Start kommen. Dieses Album wird sehr viel energiegeladener sein. Es wird sehr wütend sein, sehr rau. ... Dieses Album ist ganz interessant, weil es die Wut der ganzen ersten Sachen hat. Es ist ziemlich viel Aggression dabei. Es ist ziemlich viel Kopfchaos dabei verarbeitet worden. Die Beats geben halt richtig einen auf die Fresse. Es sind halt sehr, sehr krasse Drums drin. Es ist so ein bisschen punkmäßig. Nicht, dass die Musik punkig ist. Es sind jetzt keine krass zerstörten Gitarren irgendwie dabei oder es wird nicht irgendwie krass reingebrüllt. Es ist irgendwie die Attitüde. Für mich ist Punk etwas, was etwas umstürzen will, etwas revolutionäres, was neues, was kantiges, was eckiges, was irgendwie den Fuß in die Tür drückt. Das ist, wie dieses Album ist. Das Album ist auf jeden Fall ein sehr, sehr großer Fuß, der in eine große dreckige Tür reindrängt und die Tür auftreten will.

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN
BURKHARD UND CHRISTIAN ¶

ROTDORN RADIO

Das gesamte Interview ist wie alle anderen »Rotdorn-Radio«-Sendungen auf
↳ www.rotdorn.org

VERLOSUNG

Wir verlosen drei Prinz Pi-T-Shirts und die aktuelle CD »Donnerwetter«. Mail an:
↳ rotdorn@gmx.de

Blut und Freiheit

Der Hollywoodfilm »300« ist ein Wolf im Schafspelz. Oberflächlich betrachtet ist er vermeintlich anspruchsloses Unterhaltungskino in Form eines blutrünstigen Action-Spektakels, mit tollen Bildern und Effekten, wie man es aus Hollywood gewohnt ist. Doch er beinhaltet nationalsozialistisch-faschistische Elemente sowie Stil und Aussage eines US-militärischen Propagandafilmes.

Da wäre zunächst die spartanische Form der »Rassenhygiene«. Schwächliche, behinderte oder nicht kampffähige Kinder werden in der Wildnis ausgesetzt oder von einer Klippe gestoßen. Sollte eines dieser Kinder es irgendwie geschafft haben zu überleben, so wird es von der spartanischen Gesellschaft ausgeschlossen, wie an der Figur des »Ephialtes« ersichtlich wird. Ein menschenverachtender Sozialdarwinismus, indem



der vermeintlich Stärkere jedes Recht hat, den Schwachen zu unterdrücken oder sogar zu töten wird hierbei vermittelt. Des weiteren ist ein NS-Körperlult nach Leni Riefenstahl-Optik unverkennbar. Halbnackte durchtrainierte und muskelbepackte Elite Soldaten, für welche der Krieg der einzige Lebenszweck ist, sprechen auch den letzten homoerotischen, militaristischen Zuschauer an. Eine ständige »Blut und Boden«-Rhetorik des Spartiaten Anführers Leonidas, bekräftigt den einzigen Existenzgrund der Spartiaten: Krieg und Heldentod. Andere Optionen zur Konfliktlösung werden sprichwörtlich mit Füßen getreten, als Leonidas einen persischen Diplomaten sowie dessen Gefolge in einen Brunnen stößt. Auch die griechische Demokratie mit ihren Senatoren wird als schwächlich und korrupt dargestellt und schließlich von den Spartiaten belächelt.

Auch wenn Sparta ein militaristischer Staat ist, indem nur der Spartiat als quasi »Herrenmensch« ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft ist, so werden weder König Leonidas, noch seine Frau Gorgo müde zu betonen, sie würden für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. Obwohl beides in Sparta selbst weder eingeführt noch angestrebt wird. Insofern ist das Gerede vom Kampf für Freiheit eine leere Worthülse um dem Töten im Krieg eine moralische Legitimation zu geben. Hier kann durchaus eine Parallele zur US-Außenpolitik in den letzten Jahren gezogen werden. Um in der eigenen Bevölkerung einen Rückhalt für den Afghanistan- oder Irakkrieg zu bekommen, wurde zunächst immer der eigene Kriegsgrund moralisch gerechtfertigt und der Gegner als barbarisch, unmoralisch oder Terrorist gebrandmarkt. Obwohl die USA selbst die Menschenrechte in Guantanamo Bay, in Abu Ghraib oder in den weltweiten CIA-Foltergefängnissen mit Füßen getreten haben. Zudem hat der Film durch die historische Schwarz-Weiß-Malerei der heldenhaften Spartiaten und der blutrünstigen Perser stilistische Mittel eines Propagandafilms. Die Perser bedienen sich feiger Mittel wie Magie und Pfeilen,

haben einen homosexuellen König und siegen schlussendlich nur durch Hinterlist. Die ständige Kommentierung und Bewertung der Ereignisse aus dem Off lassen dem Zuschauer keinen Platz für eigene Gedanken oder Interpretationen. Diesbezüglich kann »300« sehr leicht als Hollywood-Propaganda für einen bevorstehenden Krieg der USA gegen den Iran gedeutet werden, wie es die Kinofachpresse Zack Snyder auch vielfach vorgeworfen hatte.

Dass der Film mit einem weltweiten Einspielergebnis von 445 Millionen Dollar kommerziell erfolgreich war, spricht nicht zwingend für seine Qualität, sondern sollte eher nachdenklich stimmen. Das Kinopublikum scheint nach sinnloser Gewalt und Brutalität zu dürsten, welche in immer extremerer Form befriedigt werden muss. »Hostel«, »Saw« oder »The Hills Have Eyes« sind dafür Belege. Inwiefern die menschliche Sensibilität des Bluthungrigen darunter leidet, kann nur vermutet werden. Fest steht jedoch, dass die Nachfrage und das Bedürfnis nach solchen Filmen groß ist, was durchaus bedenklich stimmt.

EPIKUR



www.zeitgeistlos.de

★ CD-TIPP

Kettcar »Sylt«

Das dritte Werk der Hamburger Indie-Band KETTCAR setzt konsequent den Weg fort, den die beiden vorherigen Alben eingeschlagen haben. Wieder handeln die Lieder von enttäuschenden Beziehungen, der einsetzenden Entfremdung zwischen Menschen, die man zu kennen glaubte und der abnehmenden Individualität durch den Druck der Massenmedien. Jedoch ist dieses Album melodisch schneller als seine Vorgänger und erinnert teilweise an die Punk-Band ... BUT ALIVE, aus der KETTCAR entstanden ist.

Das Album stellt eine Perle im Bereich der deutschsprachigen Musik dar, die so häufig gesucht wird, aber nur selten in solch einer reinen Form vorgefunden wird. KETTCAR kann live genossen werden: Am 10. Mai in der Columbiahalle. »Wir werden nie enttäuscht werden«, der letzte Satz dieses Albums, ist



immer wahr, wenn wir auf weitere solche Meisterwerke wie dieses von KETTCAR hoffen.

★ CD-TIPP

State Radio »Year of the Crow«

Intelligente Texte und ein musikalisch zündender Mix aus Indie, Reggae und einer Prise Punk: Diese Platte ist der perfekte Soundtrack für den kommenden Sommer!



★ GEDICHT

die falschen taschen

das geld, das ich vom staat bekomme, ist für ein menschenwürdiges leben zu wenig.

und immer mehr menschen leben in armut und elend, werden auch dadurch krank und sterben verfrüht.

es gibt genug geld, doch steckt es in den falschen taschen.

Das Gedicht ist dem Buch »Bringer 38« von Stefan Lippianowski entnommen. Stefan ist ein langjähriges Redaktionsmitglied.

Köpi bleibt Risikokapital!

// Seit einigen Monaten ist dieser Satz im Berliner Stadtraum präsent, doch um was handelt es sich bei der Köpi und welche besondere Stellung nimmt sie ein? Außerdem wird die Zukunft der Köpi erläutert sowie Möglichkeiten, die Köpi in ihrem gegenwärtigen Zustand zu erhalten. //

SIE WAR...

Die Köpi ist ein Haus, das als erstes ostdeutsches Gebäude am 23. Februar 1990 besetzt wurde. Bereits nach drei Jahren schlossen die Besitzer und die BesetzerInnen unbefristete Mietverträge ab, durch die die Position der MieterInnen geschützt werden sollte.

Jedoch wurden diese Abschlüsse bereits 1994 wieder revidiert, da Volquard Petersens durch ein für ihn geglücktes Rückübertragungsverfahren der Besitzer der Fläche des Köpis wurde. Dieser wollte das Gebiet zur Errichtung eines Bürokomplexes nutzen, weshalb er 1996 die Mietverträge auflöste. Aber Petersens konnte seine Pläne nicht realisieren, da die Löschung der Mietverträge für ungültig erklärt wurden.

1998 pfändete die Commerzbank Petersens Besitz auf Grund dessen hoher Schuldenlast. Seitdem gab es drei Versuche, die Köpi zu versteigern, was jedoch jedes Mal verhindert werden konnte durch intensive Gegenproteste.

»Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!« – Dieses Motto begrüßt die BesucherInnen der Köpi über dem Eingangstor, das auch zutreffend ist für das Schicksal der Köpi, welches abhängig ist von dem jeweiligen Vermieter. Auch wenn zu Beginn noch unbefristete Mietverträge abgeschlossen wurden, gab es immer wieder Versuche, das Köpi zu räumen, um die Fläche für anderweitige Zwecke zu verwenden. So standen sich zuletzt die Commerzbank und die Mieter im Kampf um das Gebiet der Köpi gegenüber.

... SIE IST ...

Gegenwärtig ist die Köpi nicht mehr nur ein besetztes Haus, sondern symbolisiert auch den Versuch, ein Leben außerhalb der konventionellen Grenzen zu leben. Dies wird zum einen deutlich an der hierarchielosen Struktur unter den Mietern, die basisdemokratisch über die Projekte sowie die Planung der Köpi entscheiden. Zum anderen werden auch kostenlose Workshops, Sportstätten, Unterhaltung und günstige Wohnungen geboten. Die Köpi verfügt über ein reichhaltiges kulturelles Programm, das von Konzerten über Theateraufführungen bis zu Kinoprogrammen reicht, das für alle zugänglich ist. Die Workshops werden durch die Anwohner veranstaltet, die im Gegenzug Wohnungen erhalten für 14 Cent pro Quadratmeter, was durch ca. 50 Menschen im Augenblick genutzt wird.

Die Köpi ist ein bedeutendes Symbol für einen alternativen Lebensstil, der sich auf die künstlerische Entfaltung konzentriert, um ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Diese Symbiose aus Kultur und Emanzipation von gesellschaftlichen Einflüssen muss gewahrt werden für die Zukunft, deshalb muss auch die Köpi erhalten werden.

... SIE BLEIBT

Am 8. Mai 2007 wurde die Köpi von Besnik Fichtner ersteigert. Wegen dubioser Geschäfte ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn. Der Spekulant will Luxuslofts mit Yachtliegeplätzen errichten, obwohl die Köpi nicht direkt an der Spree liegt. Um diese bizarren Pläne zu realisieren, sollte die Köpi am 31. Mai geräumt werden, wogegen agiert wurde. Die Räumung konnte verhindert werden.

Die UnterstützerInnen der Köpi wendeten sich an die Berliner Politiker, die über die Abrissgenehmigung mitentschieden. Diese Politiker sprechen sich in ihrem Parteiprogramm für das »Recht auf billigen Wohnraum« sowie der »Förderung unabhängiger Kulturprojekte« aus, zwei Ziele, die auch durch die Köpi verfolgt werden. Die Politiker mussten sich zu

der Frage um die Köpi äußern, da dies ihnen eine Unterzeichnung der Abrissgenehmigung erschwerte. Durch zahlreiche Demonstrationen, Soliaktionen, Spenden sowie einen bedeutenden öffentlichen Druck konnten die Pläne von Besnik Fichtner verhindert werden.

Nach langen Verhandlungen mit den Mietern der Köpi einigte man sich darauf, die Verträge in ihrer Laufzeit um dreißig Jahre zu verlängern, wodurch diese Form des Wohnens und Lebens erhalten bleiben kann.

WIR SIND GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN

Dass es möglich ist, die Köpi zu retten, beweisen die vorherigen gescheiterten Versuche, die Köpi zu versteigern. Auch in diesem Fall konnten die Köpi-SympathisantInnen durch Gegenaktionen wie der Kooperation mit Politikern sowie Demonstrationen gegen Besnik Fichtner in dessen nächster Umgebung dieses alternative Lebensprojekt schützen.

Dank dieser Formen des Protests ist es möglich geworden, die Köpi zu retten, da die Mietverträge auf dreißig Jahre verlängert wurden. Jedoch sollte dieser Erfolg nicht genutzt werden, um sich friedlich zurück zu lehnen, denn weiterhin besteht die Gefahr, dass diese neu abgeschlossenen Verträge bei einem erneuten Besitzerwechsel aufgehoben werden können. Deswegen haltet euch auf dem Laufenden über die weiteren Entwicklungen zum Thema Köpi und auch wir werden euch mit den neuesten Informationen zu dieser Thematik versorgen.

Die Köpi ist ein Zeichen linker Lebensart geworden, das es zu verteidigen gilt, um die Möglichkeiten zu bewahren, ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von vorgefertigten Strukturen zu führen. Diese Meinung vertritt auch Davinas, eine Mieterin der Köpi: »Ich denke, dass dieses Haus vielen Leuten die Möglichkeit gibt, sich einfach zu entfalten. Die Leute, die Lust haben auf Workshop, die Lust haben, Siebdrucke zu machen, und das ist alles umsonst. Da kann jeder kommen, egal, was für eine Berufsausbildung er hat. Das spielt alles keine Rolle, hier geht's nur um den Menschen an sich und nicht um die Papiere, die ein Mensch vorweisen kann.«

STEPHAN

Wenn der Feldjäger zweimal klingelt ...

Mit dem System Wehrpflicht werden die (männlichen) Bürger eines Staates für militärische Dienste und Einsätze erfasst, gemustert, nach militärischen Erwägungen verwaltet und herangezogen. Seit fast 200 Jahren wird in Deutschland für König, Kaiser, Führer und für »das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes« (Gelöbnis- und Eidesformel der Bundeswehr) tapfer zwangsrekrutiert.

Das politische System kann sich ändern, die Kriegsdienstrekrutierung aber bleibt und damit ein Strafsystem, das diejenigen, die sich dem »Befehl und Gehorsam« nicht beugen, zu spüren bekommen. Bundeswehr und Zivildienstamt haben 2006 insgesamt 856 Strafanzeigen allein wegen der Delikte »eigenmächtige Abwesenheit« oder »Flucht« (andauernde Abwesenheit) gegen Zwangsverpflichtete gestellt. Es handelt sich hierbei um Vergehen, die mit Freiheitsstrafen bis zu drei bzw. fünf Jahren geahndet werden können.

Neben der Strafverfolgung durch die zivile Gerichtsbarkeit bekommen widerständige Soldaten (zusätzlich) das militärische Sanktionssystem zu spüren. Allein im Jahr 2005 wurden truppenintern 832 freiheitsentziehende »Disziplinararreste« bis zu 21 Tagen Dauer, zum Teil in Verbindung mit Geldbußen, gegen Grundwehrdienstleistende verhängt. Und dies geschieht auch heute noch in Verfahren, die rechtsstaatlichen Mindeststandards nicht genügen. Will ein Vorgesetzter einem ihm anvertrauten »Staatsbürger in Uniform« mittels Arrest zur Einsicht verhelfen, braucht er die Zustimmung der militärischen Gerichtsbarkeit (»Truppendienstgerichte«). Deren Richter sind nicht unabhängig, sondern Militärjuristen. Die beisitzenden Schöffen sind aktive oder aktive ehemalige Soldaten. Verhandlungen vor dem Militärgericht, wenn sie denn überhaupt stattfinden, sind nicht öffentlich. Eine Verteidigung gibt es nicht, und das Ge-



richt muss seine Zustimmung zum Arrestantrag nicht begründen. Immerhin: Der Arrestierte hat das Rechtsmittel der Beschwerde. Über die Beschwerde entscheidet dann der gleiche Militärgericht, der zuvor der Disziplinierung seinen militärischen Segen gab. Dass ein Arrest formalrechtlich keinen Strafcharakter haben darf, schert Truppendienstgerichte wenig, getreu der »uralten Volksweisheit, wonach derjenige, der nicht hören will, zum Schluss eben fühlen muss« (Truppendienstgericht Nord, 19. 12. 2001).

Die der Kriegsdienstpflicht Unterworfenen erfahren wie keine andere gesellschaftliche Gruppe Einschränkungen ihrer Grundrechte – informationelle Selbstbestimmung, Freiheit der Person, Freizügigkeit, Entfaltung der Persönlichkeit, körperliche Unversehrtheit, Unverletzlichkeit der Wohnung – zum Wohle des Militärs. Gegen diese Normalität des staatlichen Zugriffs auf Untertanen gibt es Widerstand durch die Betroffenen selbst. In den Jahren 2004 bis 2006 war die Truppe allerdings nicht mit Totalverweigerern konfrontiert. Sie wurden entweder ausgemustert oder von den Einberufungsbehörden »vergessen«. Doch im vergangenen Jahr sind drei Totalverweigerer zur Bundeswehr einberufen worden, Jonas Grote im April, Alexan-

der Hense im Juli und Moritz Kagelmann im Oktober.

Die beiden Erstgenannten wurden nach jeweils zwei Arreststrafen aus der Bundeswehr entlassen, Jonas nach 42 Tagen auf Weisung des Ministers, Alexander nach 25 Tagen, weil das Truppendienstgericht einen dritten Arrest ablehnte. Beide hatten bereits ihren Prozess vor einer zivilen Instanz. Das Nürnberger Amtsgericht verurteilte Jonas zu 120 Stunden gemeinnütziger Arbeit, 40 mehr als die Staatsanwaltschaft forderte. Alexander wurde vom Amtsgericht Pforzheim die Auflage erteilt, 100 Stunden gemeinnützige Arbeit zu leisten. Gleichzeitig setzte das Gericht die Verhängung einer Jugendstrafe für ein Jahr aus. In seinem Fall hat die Staatsanwaltschaft, die eine achtmonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung forderte, Berufung eingelegt.

Moritz, den Feldjäger zwei Wochen nach dem befohlenen Dienstantritt der Truppe zuführten, wurde während des laufenden vierten Arrestes am 11. Dezember aus Arrest und Bundeswehr nach insgesamt 59 Tagen Einzelhaft entlassen. Der vierte Arrest in Höhe von 21 Tagen, zuvor waren bereits 7, 14 und 20 Tage Arrest vollstreckt worden, hätte am 19. Dezember geendet.



Hinsichtlich der Motive, die zur Verweigerung geführt haben, unterscheiden sich die drei. Jonas: »Ich (kann) aus Nächsten- und Feindesliebe mit ruhigem Gewissen keinen Kriegsdienst leisten.« – Alexander: »Einen Menschen seiner Grundrechte derart zu berauben, wie es die Wehrpflicht tut (...) sollte verboten sein und unter Strafe stehen.« – Moritz: »...bei der Verneinung von Krieg (muss es sich) um ein radikales Nein gegen jeden Krieg handeln. Da (...) gehört die Verweigerung gegen die Grundlagen des Militärs unbedingt dazu: die Verweigerung von Befehl und Gehorsam in »Friedenszeiten.«

Eines allerdings haben sie gemeinsam: Sie bringen der so genannten Friedensbewegung das gleiche höfliche Desinteresse entgegen, das diese für die Wehrpflicht und für die konsequente Verweigerung der Kriegsrekrutierung aufbringt.

Auch in diesem Jahr ist bereits ein Totalverweigerer einberufen worden. Der 20-jährige Silvio Walther soll am 1. April den Kriegsdienst beim Gebirgsfernmeldebataillon in Bad Reichenhall antreten. Nach Erhalt des Einberufungsbescheides teilte er sowohl dem Kreiswehersatzamt wie der Bundeswehr mit, dass er zwar in die Kaserne

fahren, dort aber alle Befehle verweigern werde. »Die Wehrpflicht ist und bleibt eine Verletzung der Menschenrechte und der Verfassung«, so Silvio.

RALF SIEMENS ¶

ÜBER DEN AUTOR

Ralf Siemens ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung
↳ www.asfrab.de

HINTERGRUNDINFOS ZUR WEHRPFLICHT

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
↳ www.kampagne.de

Lob der Elite?

Wie hält es die LINKE eigentlich mit den Eliten? Um darüber zu diskutieren, wurde ich Mitte März zur Premiere-Sendung FRIEDMANS AGENDA eingeladen. Mit dem Soziologen Richard Münch und mit Volker Hassemer, seines Zeichens Vorstandsvorsitzender der STIFTUNG ZUKUNFT BERLIN, ging es um die Rolle von Eliten in der Bundesrepublik – sind sie in einer Demokratie unerlässlich oder sind sie mit einer demokratischen Gesellschaftsorganisation eigentlich gar nicht vereinbar also per se antidemokratisch? Und wer gehört dann eigentlich zur Elite?

Das Wort »Elite« hat in Deutschland derzeit Konjunktur, ein ganzer Schwall von Büchern versucht den Begriff wieder zu einer festen Begründungsformel in der Politik zu machen. Deutschland bräuchte mehr Elitenbildung und die Eliten müssten auch wieder selbstbewusst ihre gesellschaftliche Rolle vertreten dürfen, buchstabierte Volker Hassemer den Tenor des veröffentlichten Mainstreams nach.

Der Ruf nach Eliten wird gerade in Krisenzeiten immer lauter. Heike Schmoll schreibt beispielsweise in ihrem neuen Buch »Lob der Elite«: »Eliten sind im Idealfall der unübersichtlichen Moderne gewachsen, weil sie aus einer Fülle von Informationen und Daten, aus Erscheinungen und Konventionen begründet auswählen können und auszuwählen wissen«. Der Ruf nach der Elite erscheint hier als vornehme Variation des Rufs nach dem »starken Mann«, der die gesellschaftlichen Probleme in die Hand nimmt und dem Rest die Richtung weist. Der »Rest«, das ist dann immer die Masse. Das steckt im Elitedenken quasi mit drin:

die Spaltung in Elite und Masse, die Spaltung in jene, die Herrschaft ausüben und in jene, die beherrscht werden. Ich meine: diese Selektion hat mit der Vorstellung von demokratischer Chancengleichheit nichts zu tun. Denn Demokratie meint ja eigentlich die Herrschaft des Volkes.

Wenn die Elite aber immer gelobt wird, dann wird – wie Heike Schmoll es vorführt – der breiten Bevölkerung unterschwellig immer bescheinigt, den anstehenden Fragen nicht wirklich gewachsen zu sein. Die Entscheidungen müssten andere treffen und zwar jene, die sich vom schwerfälligen, mehrheitlichen Blockadedenken der Masse auch trennen könnten. Logisch ist in diesem Denken dann, dass die Masse auch nicht fähig ist, darüber zu entscheiden, wer denn in die Elite aufsteigt, wer also Herrschaftspositionen in dieser Gesellschaft einnimmt. Elite rekrutiert sich also immer selbst, dass haben auch Soziologen hinreichend belegt. Verschleiert wird dieser Umstand dann immer mit dem Verweis auf vermeintlich besondere Begabungen

oder Leistungen der Elite. In Wirklichkeit aber wird Elite meist über herkunftsbedingte Rekrutierungsfilter aussortiert, im Bildungssystem und auch im Berufsleben. Wer nicht den entsprechenden familiären Background hat, der hat schlechte Chancen aufzusteigen und später mal mitentscheiden zu können. Kurz: Die Debatte über Eliten soll auch die realen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in diesem Land verdecken, soll Ungleichheit und bestehende Privilegien legitimieren.

Vor diesem Hintergrund bedarf es keines Lobes. Eine demokratische Linke muss es sich vielmehr zur Aufgabe machen, die bestehenden Verhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen und die Privilegien dieser abgehobenen Führungsschichten in Wirtschaft und Politik anzugreifen. Dabei geht es um nicht weniger als um die Demokratisierung der Gesellschaft. Denn Demokratie ist weit mehr als eine Staatsform, sie meint Mit- und Selbstbestimmung für alle, sie zielt auf die gesellschaftliche Teilhabe aller. Elite für alle! - das ist unser Slogan, zumindest solange, bis es keine Eliten mehr gibt.

NELE HIRSCH ¶

ÜBER DIE AUTORIN

Die Autorin, Jahrgang '80, ist Mitglied von [solid] und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.



»Der Vertrag von Lissabon ersetzt die im Jahr 2005 in Frankreich und den Niederlanden gescheiterte EU-Verfassung«, so DIE WELT am 14. März einen Tag nach der ersten Lesung des Projekts im deutschen Bundestag. Eine neue Verfassung geht uns alle an. Folgerichtig müsste das neue Dossier Aufmacher aller Tageszeitungen sein und in Talkshows zur besten Sendezeit erörtert werden. Wird doch der komplexe und umfängliche Text mit dem harmlosen Namen den Alltag künf-

nationalen Parlamenten«. Kritische Zwischentöne, die in seinem Vortrag enthalten waren, nahm er so am Ende wieder zurück. Als nächster Gast des seit 1997(!) bestehenden »Walter Hallstein Instituts für Europäisches Verfassungsrecht« sprach eine Woche später die irische Staatspräsidentin Mary McAleese. Ihr leidenschaftliches, poetisch angereichertes und pseudohumanistisches Plädoyer für das Lissaboner Vertragswerk täuschte durch geschickte Demagogie nicht nur ihre

ligt, wie selbstredend auch die Deutschen. Das irische Volk, das diesmal allerdings als einziges in Europa zum neuen Verfassungsrecht seine Stimme noch per Referendum abgeben muss, weil das die nationale Verfassung so vorschreibt, wurde zu diesem vorgezogenen Neutralitätsbruch nicht gefragt.

Damit auch die Franzosen nicht wieder als Spielverderber in Erscheinung treten, hat das französische Parlament diesmal ganz geschwind und fast unbemerkt den Vertragstext als eines der ersten Länder ratifiziert.

Warum aber wird das »neue Europa«, das mit dem Lissaboner Vertrag geschmiedet werden soll, weitgehend ohne Einbeziehung seiner Bürger geschaffen? Warum ist das Vertragswerk so überaus komplizierte Lektüre und auch in der neuen Form lesekundigen Bürgern kaum zugänglich? Warum wurden Bezeichnung und Chiffrierung dauernd verändert, was eine Orientierung selbst von Fachkundigen zusätzlich erschwert?

Nun ja, der neue Gesellschaftsvertrag ist eben keiner, sondern ein Dossier, das an den Völkern Europas vorbei jeden Mitgliedsstaat zu permanenter Aufrüstung, d.h. im Klartext zur »schrittweisen Erhöhung der Militärbudgets verpflichtet«, so Artikel 28a in Absatz 3. Eine Rüstungsagentur, in Neusprech »Verteidigungsagentur«, soll über die Einhaltung der Vorschrift wachen. Die tut bereits ihre unheilvolle Pflicht bar jeder gültigen verfassungsrechtlichen Grundlage, die ja mit dem »Lissaboner« spricht

Das neue Europa trägt militärische Tarnfarben – WIR SAGEN NEIN!

tiger europäischer Generationen entscheidend prägen, viel mehr noch als sein Schatten, den er bereits voraus wirft. Stattdessen wird dem Leser in DER WELT und in anderen Medien suggeriert, dass die Polen sich dem Fortschrittsdrang in deutsch-europäischen Farben entgegenstellen. Im deutschen Bundestag ist der EU-Vertragstext »parteiübergreifend auf große Zustimmung gestoßen« so erfahren wir aus der BERLINER ZEITUNG. Das Blatt tut weiter kund: »FDP und Grüne« würdigen den »Fortschritt für Europa«.

In wessen Interesse hier ein Fortschritt erzielt wurde, wird nicht gefragt. Eher sollen wir uns wohl freuen, dass der Vertrag »an Stelle der gescheiterten europäischen Verfassung ab 2009 gelten« wird. Auch Außenminister Steinmeier (SPD) ruft dazu auf, »mit einer raschen Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat ein Signal auch für andere EU-Mitgliedsstaaten zu setzen.«

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Jürgen Papier, hat am 19. Februar vor einem ausgewählten Fachpublikum im Senatssaal der Humboldtuniversität ebenfalls ein Plädoyer für das neue Verfassungsprojekt abgegeben. Der oberste Verfassungsrichter befürwortet das Vertragswerk, es stärke nämlich, so Papier, die »institutionelle Arbeitsfähigkeit«, die »demokratischen Elemente« und »die

jugendlichen Zuhörer. Auf Nachfrage ließ sie die Katze aus dem Sack und wurde trotzdem wohlwollend missverstanden. Das für seinen Aufschwung dankbare Irland wird ihr zufolge fraglos zu seinen Bündispflichten stehen. Aus »europäischer Solidarität« beteiligt es sich ja bereits an den europäischen Interventionstruppen* und hat in diesem Sinne ein Militärkommando in den Tschaad geschickt, zu einer »Euro-mission«* unter einem hochrangigen irischen General. Auch als Teil der EU-Mission im Kosovo sind die Iren betei-

■ Am 29. Mai 2005 sagte Frankreich »Non« zur EU-Verfassung



EU-Reformvertrag erst geschaffen werden soll. Ein eigenes EU-Rüstungsbudget gibt es bisher nicht, kann es nicht geben, schließlich ist die EU (noch) kein Staat. Die Finanzierung der schon vorhandenen »Kampftruppen«* erfolgt aus dunklen Kanälen, teilweise aus dem Haushalt für Entwicklungshilfe (!). Ein »Anschubfonds« genannter Wehretat soll jetzt vertragsrechtliche Abhilfe schaffen.

Das EU-Parlament, dem die klassischen Parlamentsrechte (Gesetzgebung, Haushalt) vorenthalten bleiben, wird bei Fragen der GASP, also der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« sprich Militär- bzw. Kriegspolitik auch weiterhin kein Mitspracherecht erhalten. Staats- und Regierungschefs entscheiden in dieser Kernfrage über Krieg oder Frieden ohne die Abgeordneten der europäischen Völker um ihre Meinung zu fragen. Über ihre Köpfe hinweg wird auch das neue Amt eines Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen, damit die »Verteidigungspolitik« Europas ein Gesicht bekommt, darauf legt vor allem Deutschland wert. Zur Sicherung strategischer europäischer Interessen soll der EU-Rat (ebenso wie die EU-Kommission ein Exekutivorgan) künftig auch ohne UN-Mandat die dafür bereitgestellten Truppen zu »Missionen« ermächtigen können. Diese »Missionen« haben die Erfüllung der so genannten Petersburger Aufgaben im Sinn, also Maßnahmen bis hin zu Kampfeinsätzen (Art 27, 5, Art. 28,1). Dabei geht es um »Frieden schaffende Maßnahmen«, um »Terrorismusbekämpfung« und »Abrüstung« auf dem Hoheitsgebiet von Drittstaaten.

Der wirtschaftliche Riese will künftig auch militärisch auf Weltebene mitmischen können »zum Schutz von Handelsrouten und dem freien Fluss von Rohstoffen«, wie es im European Defence Paper** formuliert steht.

Folgerichtig forderte der Leiter der »Verteidigungsagentur«, Alexander Weis, ehemaliger Abteilungsleiter für Rüstung im deutschen Verteidigungsministerium laut FAZ vom 24. Oktober 2007, das Jahr 2008 allen Ernstes als Jahr der Rüstung anzukündigen.

Die Interessen großer Rüstungskonzerne wie EADS und THALES stan-

den hier offensichtlich Pate. Abgesehen von der zielgerichteten staatlichen Förderung groß angelegter Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen wird allerdings der asoziale Neoliberalismus, der zu Privatisierung zwingt und immer weiteren Abbau von staatlicher Daseinsfürsorge mit sich bringt, verfassungsrechtlich festgeschrieben. Nationale Hemmschritten werden ohne viel Federlesen beiseite geschoben.

Ist schon die Festlegung auf das neoliberale Wirtschaftsmodell qua Verfassung zu hinterfragen, so ist die verfassungsrechtliche Verankerung der genannten Aufrüstungsvorschriften nicht nur einmalig in der Geschichte des Verfassungsrechts, sondern auch in höchstem Maße unethisch und als Verletzung wesentlicher Vorgaben unserer demokratisch verfassten Grundordnung anzusehen. So lässt sich etwa das Sozialstaatsgebot – wie in Artikel 20 Grundgesetz verankert – schwerlich vereinbaren mit gigantischen Aufrüstungsprojekten, die ja einer Finanzierung bedürfen. So würde der Parlamentsvorbehalt, nach dem der »Verteidigungsfall« (Art. 115a) von Bundestag und Bundesrat festgestellt wird, über den »Umweg« Europa ausgehebelt.

WAS ALSO IST ZU TUN, WENN MAN SICH DER ZWANGSLÄUFIGKEIT SOLCHER ENTWICKLUNG NICHT BEUGEN MÖCHTE?

Da sind an erster Stelle die zum Teil europaweiten Initiativen zu nennen, die angesichts der gravierenden Eingriffe in nationale Gesetzgebung, angesichts des Abbaus von Möglichkeiten demokratischer Bürgerbeteiligung und angesichts der bedrohlichen Militarisierung Europas nach Referenden über den Vertragstext rufen. Aufrufe zu Volksbefragungen wie sie etwa in Irland, in Österreich, jetzt auch in Polen lautstark verbreitet, aber auch in der Bundesrepublik geltend gemacht werden, haben zwangsläufig eine öffentlichkeitswirksame Bedeutung. Sie helfen die Bürger aufzuklären, können dazu beitragen die Bewegung gegen diesen schier unfassbaren Verfassungs-Text auf EU-Ebene zu vernetzen und können damit einen Beitrag zur Stärkung der sozialen Bewegungen leisten.

Der Völkerrechtler Prof. Schacht-schneider hat im Auftrag des CSU Abgeordneten Gauweiler eine Verfassungsklage eingereicht. Auch dieser Schritt ist zu begrüßen. Es lohnt sich durchaus, sich mit den Argumenten des Rechtsexperten vertraut zu machen, der mehrfach an der FU zum Thema referiert hat, im Rahmen der Vorlesungsreihe »Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung«.

Die Partei DIE LINKE und die Bürgerinitiative DEMOKRATIE E.V. fordern wie auch Gruppen der Berliner Friedenskoordination unter der Leitung von Laura von Wimmersperg ein Referendum und sammeln aktiv Unterschriften. NGOs wie die »Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit« oder etwa ATTAC tragen bei zur internationalen Vernetzung und Aufklärungsarbeit. Jeder einzelne kann sein Schäflein beitragen: Unterschriften sammeln für ein Referendum beim Ostermarsch, Flugblätter bei der IMI anfordern, Referenten einladen, Themenabende organisieren, Transparente gestalten auch schon zur ersten Mai-Demo: »Für ein friedliches und soziales Europa – Nein zum Lissaboner EU-Reformvertrag«.

IRENE ECKERT ¶

ERLÄUTERUNGEN

Wie immer gilt es auf die Sprachregelungen zu achten: »Battlegroups«, also Schlacht- oder Kampftruppen werden verharmlosend Interventionstruppen genannt im Deutschen.

Hinter EU-Missionen verbergen sich militärische Eingriffe auf fremdem, souveränen Territorium

Das European Defence Paper, also »Verteidigungspapier« oder auch Weißbuch genannt, zielt auf Kriegsführungsfähigkeit

War is Peace (»1984« von Aldous Huxley)

LITERATUR

INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.
↳ www.imi.online.de

»Sand im Getriebe« ATTAC-Rundbrief unter
↳ www.attac.de/rundbriefe

»Alter Brief im neuen Umschlag« – EU-Verfassung heißt jetzt Vertrag von Lissabon, eine Basisinformation von ATTAC Stuttgart und dem Ökumenischen Netz Württemberg.
Unterschriftenliste »Für ein Referendum über neuen EU-Vertrag« bei Laura von Wimmersperg
Hauptstr. 37, 10827 Berlin



▪ Barack Obama bei einem Wahlkampfauftritt in der Key Arena/Seattle

Im November 2008 bekommen die USA einen neuen Präsidenten. Endlich könnte man sagen, denn nicht ohne Grund ist George W. Bush der wahrscheinlich weltweit unbeliebteste Präsident, den die USA je hatten.

Während bei den Republikanern der 71-jährige John McCain als Präsidentschaftskandidat feststeht, ein Befürworter der derzeitigen Irakpolitik und Senator des US-Bundesstaates Arizona, gibt es bei den Demokraten seit Monaten ein hartes Duell. Hillary Clinton, Frau von Ex-US-Präsident Bill Clinton und Senatorin vom US-Bundesstaat New York und der afroamerikanische Barack Obama, Senator des US-Bundesstaates Illinois, streiten um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten.

Barack Obama wurde in Honolulu der Hauptstadt von Hawaii, als Sohn eines Kenianers und einer weißen Amerikanerin, geboren. Aufgewachsen ist Obama in Jakarta, der Hauptstadt von Indonesien, wo er auf eine staatliche Schule ging. In den 80er Jahren ging er dann in die USA und studierte dort Politikwissenschaften. Er engagierte sich früh politisch und wurde schließlich 2004 als insgesamt fünfter afroamerikanischer Senator in der US-Geschichte in den Senat von Illinois gewählt.

Der 47-jährige Senator hat in den USA ein wahres »Obama-Fieber« ausgelöst. Das politische Schlagwort seiner Politik lautet »Change – We Can Believe In«. Außerdem will er das Land wieder vereinen, welches George W. Bush durch seine Politik gespalten hatte. Nach sieben Jahren der polarisierenden Politik von US-Präsident George W. Bush sehnen sich große Teile der amerikanischen Bevölkerung nach einem Wechsel. Der Afroamerikaner Obama bedient und symbolisiert diesen Wunsch der amerikanischen Bevölkerung mit seiner Präsidentschaftskandidatur. Dabei gab er sich von Anfang an explizit nicht als einen zukünftigen US-Präsidenten der Schwarzen aus, sondern will sich stets als ein Vermittler und Brückenbauer zwischen den verschiedenen Ethnien,

Klassen und gesellschaftlichen Gruppen verstanden wissen.

Obama sprach sich von Anfang an gegen die Invasion des Iraks aus und

Barack Obama – Hoffnungsträger oder Entertainer?

will, falls er amerikanischer Präsident wird, vor allem einen schnellen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak vorantreiben. Sein Plan sieht vor, ein bis zwei Brigaden im Monat abzuziehen und so nach 16 Monaten alle Soldaten wieder in den USA zu haben. In der Gesundheitspolitik will er ein nationales Krankenversicherungsprogramm für all jene auflegen, die bisher keine Versicherung haben und keine staatliche Hilfe erhalten. Arbeitgeber, die ihren Angestellten keine Krankenversicherung anbieten, sollen dazu verpflichtet werden, in das neue staatliche System einzuzahlen. Zwar stimmte Obama dem Patriot Act* von

* DER USA PATRIOT ACT

... ist ein amerikanisches Bundesgesetz, das am 25. 10. 2001 vom Kongress im Zuge des Krieges gegen den Terrorismus verabschiedet wurde. Es bringt eine Einschränkung der amerikanischen Bürgerrechte in größerem Maße mit sich.

George W. Bush wie Hillary Clinton zu, würde ihn jedoch noch einmal überarbeiten wollen. Auch im Konflikt mit dem Iran will sich Obama bereits im ersten Amtsjahr mit dem iranischen Präsidenten treffen und den Konflikt mit direkter Diplomatie und gegebenenfalls mit internationaler Zusammenarbeit und ökonomischen Sanktionen lösen. Schließlich hat sich der Demokrat dafür ausgesprochen, unrechtmäßig in den USA lebenden Menschen einen Weg in die Legalität zu bieten.

Durch die amerikanische Popkultur ist Obama im derzeitigen US-Vor-

wahlkampf ein Superstar. Seit Kennedy hat kein Politiker in den USA eine derart starke Anziehungskraft entwickelt wie der junge Senator aus Chicago. Im Gegensatz zu den Polit-Entertainern »Cowboy-Reagan« und »Actionheld-Schwarzenegger« berührt Obamas Show die amerikanischen Bürger, da er weniger Selbstdarsteller, sondern vielmehr Symbolfigur für ein vereinigtes Amerika ist. Sollte Obama den US-Vorwahlkampf gegen Hillary Clinton und den darauffolgenden Präsidentschaftswahlkampf gegen den Republikaner McCain gewinnen sowie seine Versprechen halten, hätten die USA nicht nur den ersten schwarzen Präsidenten, sondern auch zu ihrer liberalen Tradition zurückgefunden.



EPIKUR

www.zeitgeistlos.de

Guatemala nach der Präsidentschaftswahl

Am 4. November 2007, in der Stichwahl um das Präsidentenamt in Guatemala, gewann überraschend der Sozialdemokrat Álvaro Colom Cabaleros mit 52,8 Prozent (Nationale Vereinigung der Hoffnung, UNE) gegen den Rechten Kandidaten des Militärs Otto Pérez Molina (Patriotische Partei, PP) mit 47,2 Prozent. Alvaro Coloms Sieg reiht sich ein in die Wahlsiege linker Kandidaten in Lateinamerika der letzten Jahre (Argentinien, Brasilien, Chile, Bolivien, Ecuador, Venezuela, Uruguay und Nicaragua).

Er übernimmt das Präsidentenamt in einem Land, das durch einen fast 40 Jahre währenden Bürgerkrieg gespalten und von Gewalt beherrscht ist. In dem am 9. September 2007 gewählten Parlament kann er sich jedoch nicht auf eine stabile Mehrheit stützen. Seine Partei UNE ist zwar stärkste Kraft im Parlament, erhielt jedoch nur 22,8 Prozent der Stimmen.

EIN BLICK ZURÜCK

Das zentralamerikanische Land mit fast 13 Millionen Einwohnern lebt vor allem von seinem Kaffee- und Bananenexport. Nach einer langen Periode wechselnder Diktaturen der herrschenden weißen Oberschicht wurden 1944 bis 1954 demokratische Strukturen aufgebaut. Der Staat erhielt zum ersten Mal

ein Arbeitsgesetzbuch und der sozialistische Präsident Jacobo Arbenz (1950 - 54) setzte eine Landreform durch. Denn zu dieser Zeit besaßen rund 2 Prozent aller Grundbesitzer ca. 70 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes. Die größte landwirtschaftliche Fläche nutzte der US-Konzern UNITED FRUIT COMPANY. Durch einen von der CIA ini-

tierten Militärputsch 1954 im Rahmen der Truman-Doktrin (Kampf gegen den Kommunismus) wurde das demokratische Regime gestürzt und die Reformen rückgängig gemacht.

Seit 1960 tobte in Guatemala ein immer grausamer werdender Bürgerkrieg, der besonders unter der armen, indianischstämmigen Landbevölkerung seine Opfer fand. Vor allem in der Zeit des Diktators General Rios Montt (1982-83) bekam die Bekämpfung der indigenen Bevölkerung Züge eines Genozids (Völkermord). Ganze Landstriche wurden flächendeckend bombardiert (über 400 indianische Kommunen). Allein im September 1982 wurden 9 000 Maya-Nachkommen ermordet. Über eine Million guatemalteckischer Flüchtlinge lebten bis zum Ende des Bürgerkrieges in Lagern in Mexiko. Formal wurde der Bürgerkrieg, der über 200 000 Menschen das Leben kostete, 1996 mit einem Friedensabkommen zwischen der Befreiungsbewegung und der Regierung beendet. Jedoch sind eine funktionierende Demokratie und ein unabhängiger Justizapparat in Guatemala längst noch nicht in Sicht.

Der Einfluss des Militärs und der reichen Oberschicht auf den Staatsapparat ist groß. Die indianischstämmige Bevölkerung (etwa 70 Prozent) hat weitgehend das Vertrauen gegenüber der staatlichen Verwaltung verloren. Das zeigt sich auch in der geringen Wahlbeteiligung dieser Bevölkerungsschicht. So erhielt die mayastämmige Präsidentschaftskandidatin Rigoberta Menchú (Friedensnobelpreisträgerin) bei den Präsidentschaftswahlen nur drei Prozent der Stimmen. In den indianischen Kommunen des Hochlandes hat sich eine von der Zentralregierung relativ unabhängige Selbstverwaltung herausgebildet. In den Städten herrscht auf den Straßen die Gewalt. Wirtschaft und staatliche Verwaltung sind von mafiaartigen Strukturen durchsetzt. Hier haben häufig ehemalige Militärs das Sagen, die durch die Verkleinerung des Heeres nach dem Friedensabkommen von 1996 in »zivilen« Strukturen ihren Unterschlupf fanden.

EIN BLICK VORAUS

Vor Präsident Colom liegt ein riesiger Berg von Aufgaben. Er selbst sagt von sich, er sei nicht revolutionär und radikal, sondern wolle in einem gespaltenen

ANZEIGE

Die Tageszeitung
junge Welt Block G 8 geht weiter
Als in die Wochenendzeit um die Tageszeitung in Westfalen. In Reich wird der Anzeigenplatz langweilig. In 10 über 1000000 Exemplaren, Bonn und die Telenovela der nächsten gegen-Arbeit in Reich.

Widerspruch Weltweit, WTO und IWF müssen Weg Rüge Beseitigung beim Anzeigenplatz in Reich	Farberevolution Orange in Caracas, Studentenproteste in Neapel werden von ausländischen Gruppen beeinflusst	Gegenwurf Wider die leeren Versprechungen der ICB-Alternativen in Lateinamerika, Van Salvo Wagners	Gewaltverhältnis 100 Millionen Klitoris zurück nach Berlin, Ein Brief von Rüdiger Zink an Peter Wolf von ATAC
Durchbruch zum Zaun 10 000 Demonstranten drängen in Sicherheitszone um Heiligen... Stunden nicht auf dem F...			Doppelanschlag in Bagdad Bonn, 100 000...

... den Hammer schmieden



▪ Schule in Guatemala

Land so viele Brücken bauen wie möglich. »Ich glaube immer noch, dass die Friedensabkommen von 1996 für Guatemala richtungweisend sind. Das Abkommen über die Rechte der indigenen Bevölkerung ist exzellent. Die Umsetzung der Menschenrechtsabkommen lässt jedoch auf sich warten. Vor allem aber die sozio-ökonomischen Abkommen und die Agrarabkommen sind so gut wie unter den Tisch gefallen. So schwelen die Grundkonflikte weiter: zwischen Indigenas und Mestizen, zwischen Armut und Reichtum, zwischen Land und Stadt«.

Der neue Präsident zeigt sich als ein scharfsinniger Analytiker. Er weiß, dass Guatemalas Verwaltungsapparat noch längst nicht in rechtstaatlichen Strukturen angekommen ist. »Die Mafia hat heute reale Macht, kontrolliert die mittleren Ränge des Staates, der Polizei, viele Rathäuser und Abgeordnete. Der alte Aufstandsbekämpfungssystem der Diktatur arbeitet heute für das organisierte Verbrechen. Die staatlichen Institutionen sind dagegen unterfinanziert«.

Auch wirtschaftspolitisch muss Präsident Colom das Ruder herumwerfen. Guatemala steuerte bislang im neoliberalen Fahrwasser. Die Vorgängerregierung hatte ein umstrittenes Freihandelsabkommen mit den USA unterzeichnet. »Ich glaube«, sagte Álvaro Colom in einem Interview mit den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN (LN), »der Neoliberalismus ist ein Versuch ökonomischer Unterdrückung. Die Ar-

mut wächst, die öffentliche Politik wird vernachlässigt. Die staatlichen Institutionen sind kaputt gespart und korrupt. Parallele Machtzentren, wie die Militärs, die Unternehmer oder der Drogenhandel kaufen ganze Parteien. Hier muss ein echter Wandel her, damit die Politik endlich aufhört, nur zum Wohle weniger zu arbeiten«.

Der Weg des mittelamerikanischen Landes bis zu einem sozialen Ausgleich ist noch lang. Colom muss die seit 1996 versprochenen Agrarreformen anpacken. Die Gleichberechtigung der indianischen Bevölkerung sollte von seiner Regierung endlich realisiert werden. Ihr Glaube, dass die Beteiligung an Wahlen und das Engagement in politischen Gremien tatsächlich Wirkung zeigt und ihren Lebensalltag verändert, muss durch den Präsidenten wieder hergestellt werden. »Das indigene Guatemala hat ein Recht, nicht nur respektiert zu werden, sondern mitzugestalten. Ich wünsche mir«, sagte Álvaro Colom »dass meine Präsidentschaft den Weg ebnet, dass in nicht zu ferner Zukunft [eine Vertreterin] der Maya Präsidentin von Guatemala werden kann«. Dann würden auch in Guatemala, wie gegenwärtig in Bolivien und Ecuador, die Ureinwohner Lateinamerikas nach über 500 Jahren Unterdrückung ihre Selbstbestimmung zurückerhalten.

KLAUS KÖRNER ¶

* zitiert aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN S. 15 ff.

★ Keine Stimme den Nazis

Am 28. September 2008 finden in Brandenburg Kommunalwahlen statt und diesmal will die NPD flächendeckend antreten.

Beflügelt von den Erfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern will sich die neonazistische Partei fest in Brandenburg verankern. Mit billigen Klischees über MigrantInnen knüpft sie an bestehende Rassismen in der Bevölkerung an und stellt sich als Alternative zum Sozialabbau der Regierung dar. Ein Blick in ihr Programm oder die Parteizeitung zeigt jedoch, wofür sie wirklich steht: nationalistischer Wahn nach einer Volksgemeinschaft, Antisemitismus, eine verquere Kapitalismuskritik, Führerkult, Homophobie, rassistische Ausgrenzungspolitik und Verherrlichung des Nationalsozialismus.

**KEINE
STIMME
DEN
NAZIS**

Trotz verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen gibt es in Brandenburg eine stabile rechte Szene, insbesondere in ländlichen Regionen. Die Neonazis verdienen Geld als Security von Dorffesten und haben in den Fußballstadien des Landes das Sagen. Sie verfügen über eine eigene Subkultur mit einer Infrastruktur aus Bands, Läden und Modelabels wie z. B. »Thor Steinar«.

Aber es gibt viele, die dies ändern wollen, die sich nicht von den Rechten einschüchtern lassen, und sich nicht bei denjenigen einreihen, die es vorziehen, die Situation zu verharmlosen. Mit ihnen zusammen stellen wir uns gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus. Wir lassen die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt nicht alleine und stehen für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen. Wir treten den Rechten mit vielfältigen Aktionen entgegen und machen der NPD einen Strich durch die Rechnung!

**Keine Stimme den Nazis –
weder im Parlament, noch auf
der Straße oder im Verein!**

George Orwell stellte in seinem Buch »1984« die These auf, dass wer die Sprache gezielt verändert, damit sogleich das Denken in eine bestimmte Richtung lenken will. Sollten wir so denken, wie wir sprechen, so ist eine Sprachmanipulation zugleich auch immer eine Gedankenmanipulation. In dieser Rubrik sollen ab sofort Begriffe im politischen Alltag näher erläutert und kritisch analysiert werden.

diesmal: DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL

DIE ANNAHME

Der demographische Wandel bezeichnet den Bevölkerungsrückgang in Deutschland. Die Annahme ist, dass in Deutschland immer weniger Kinder geboren werden und zugleich die Menschen durch eine gesteigerte Lebenserwartung immer älter werden. Insofern gäbe es vielfache Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um sich auf diese Entwicklung einzustellen. Das Statistische Bundesamt hat 2006 die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung herausgebracht, nachdem die Bevölkerungszahl von 82,5 Millionen Menschen im Jahre 2005 auf bis zu 69 Millionen Menschen im Jahre 2050 abnehmen werde. Weiterhin werde es im Jahr 2050 doppelt so viele ältere wie jüngere Menschen in Deutschland geben; über 30% werden 65 Jahre oder älter und circa 15 % unter 20 Jahre alt sein. Zudem steige die Bevölkerung der über 80 Jährigen von 4, auf 10 Millionen Menschen. Damit werde die Bevölkerung im Erwerbsalter stark durch die Älteren geprägt sein. Auch wenn diese vermeintliche Entwicklung für die westlichen Industriestaaten nichts wirklich neues ist, da sie schon immer eine geringere Geburtenrate als die Entwicklungsländer hatten, so wird dies häufig politisch instrumentalisiert.

DEMAGOGIE UND INTERESSEN

In Deutschland werden das »DEMOGRAPHISCHE PROBLEM« sowie die »GLOBALISIERUNG« als die zwei Hauptargumente angeführt, um marktwirtschaftliche Reformen sowie Sozialabbau, im Sinne einer neoliberalen Ideologie, zu legitimieren. Demzufolge leben die Alten auf Kosten der Jungen, da sie eine vermeintlich üppige Rente haben. Von daher müsse eine Rentenkürzung, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie eine Umschichtung hin zu privater Altersvorsorge stattfinden, da die staatlichen Rentensysteme in Zukunft hoffnungslos überlastet sein würden. Nutznießer einer privaten Altersvorsorge sind in erster Linie Banken und Versicherungen.

Der Konflikt zwischen Alten und Jungen wird hierbei künstlich erzeugt, denn es gibt vielmehr einen gesellschaftlichen Konflikt zwischen armen und reichen Menschen in Deutschland. Der gesellschaftliche Reichtum war noch nie so groß wie heute. Er ist nur ungerecht verteilt. Laut dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sind die Privatvermögen in Deutschland sehr ungleichmäßig verteilt. Während die unteren 50 % der Haushalte nur über etwas weniger als 4 % des gesamten Nettovermögens verfügen, entfallen auf die vermögendsten 10 % der Haushalte knapp 47 %.

Auch die Politik bedient sich der Debatte des demographischen Wandels und instrumentalisiert sie, um unbequeme Reformen durchzudrücken. Die Reform der Rente mit 67 in Deutschland wurde z. B. mit dem demographischen Wandel gerechtfertigt. Da die Menschen länger gesund leben würden, könnten sie auch länger arbeiten, so die Begründung. Das Problem ist hierbei, dass das Arbeitsaustrittsalter und das tatsächliche Renteneintrittsalter heute kaum zusammen fallen. Sprich, viele deutsche

Unternehmen beschäftigen kaum ältere Menschen, sondern entlassen sie eher im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen vorzeitig und ersetzen sie durch jüngere Arbeitskräfte. Insofern bewirkt die Rente mit 67 nur eine Rentenkürzung der Betroffenen, da sie mit 50 oder 55 vorzeitig in Rente geschickt werden und demzufolge mit Abschlägen bei ihrer Rente rechnen müssen. Altersarmut ist hierbei die langfristige Folge. Gleichzeitig zwingt der demografische Wandel zu einer aktiveren Bevölkerungs- und Familienpolitik, wird behauptet. Nur wenn auf der einen Seite das Katastrophenszenario von der Bevölkerungsexplosion der Welt beschworen wird, wieso braucht Deutschland dann mehr Kinder? Der Verdacht liegt nahe, das es eben darum geht, mehr »deutsche« Kinder in die Welt zu setzen. Und unter denen am besten auch nur welche aus gebildeten und reichen Familien. Das Elterngeld, z. B., unterstützt einseitig gutsituierte Familien und eben nicht Familien aus ärmeren Haushalten.

FAZIT

Zunächst einmal sind Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland über die nächsten 50 Jahre Kaffeesatzleserei. Wer kann schon sagen, was in den nächsten 50 Jahren alles passieren wird? Die gesamte Annahme geht im Kern von der Kontinuitätsthese aus, sprich wenn alles so bleibt wie heute könnte es so aussehen. Hätte jemand 1950 die Bevölkerungszahl der Deutschen im Jahre 2000 schätzen müssen, hätte er maßgebliche Faktoren nicht miteinbeziehen können. Zu nennen wären hier: die Erfindung und Verbreitung der Antibabypille, die Anwerbung Millionen ausländischer Arbeitskräfte, den Fall der Mauer einschließlich der Grenzen im Osten und somit Zuwanderung von Millionen Übersiedlern sowie die Individualisierung der Lebensentwürfe. Im Bericht steht wörtlich: »Die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung ist KEINE Prognose, welche die Zukunft bis 2050 vorhersagt. Sie zeigt vielmehr, wie sich die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsstruktur unter bestimmten Annahmen entwickeln würden.«

Insofern kann eine realpolitische Veränderung einer oder mehrerer Annahmen der Prognose den Bevölkerungsrückgang verlangsamen oder sogar aufhalten. Als Beispiele wären hier genannt: eine größere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen, eine entsprechende Einwanderungspolitik, mehr und vor allem kostenlose Kita-Plätze, weniger Anforderungen von Flexibilität und Mobilität an die Arbeitnehmer – denn wer ständig mobil und flexibel sein muss und zudem ständig Angst um seinen Arbeitsplatz und damit verbunden seine finanziellen Zukunft hat, der gründet eher selten eine Familie. Befristete Arbeitsverträge, vor allem die dreimonatigen, gehören wieder abgeschafft und gesicherte Arbeitsverträge wieder eingeführt, um den Arbeitnehmern eine gesicherte finanzielle Zukunft zu geben. Außerdem wäre ein Mentalitätswandel der deutschen Unternehmen dringend vonnöten, denn ältere Arbeitnehmer und schwangere Frauen werden bei deutschen Unternehmen noch immer systematisch ausgesiebt.

So radikal wie die
Wirklichkeit

Wir haben uns als bundesweiter Jugendverband zusammengeschlossen, weil wir unsere Ziele so am besten erreichen können. Im ganzen Land sind wir mit 100 lokalen Gruppen in Dörfern und Großstädten aktiv, demonstrieren gegen den Überwachungsstaat, blockieren Naziaufmärsche, streiten gegen Notenstress und soziale Auslese im Schulsystem, fordern Ausbildungsplätze für alle und vieles mehr. Vor Ort, sowie auf Landes- und Bundesebene diskutieren wir politische Themen und bilden uns auf Seminaren und Konferenzen weiter, um neue Positionen entwickeln und vertreten zu können. International vernetzen wir uns mit anderen linken Jugendverbänden, organisieren Camps und Fahrten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam stärker für unsere Ziele einzutreten.

lebe den Widerstand

280 Mio. Menschen sind unterernährt, die bestehende Landwirtschaft könnte jedoch die doppelte Weltbevölkerung ernähren. Von diesen Beispielen gibt es viele, für uns ist klar: Ein derart blutiges Wirtschaftssystem gehört bekämpft. Dafür braucht es Visionen, Utopien, Konzepte. Wir wollen eine kooperative Wirtschaft in einer von Mitbestimmung und Freiheit geprägten Gesellschaft, nicht in ferner Zukunft – sondern so schnell wie möglich! Die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse ist

... mitmachen, selber machen, Bambule machen.

dafür notwendig. Wir wissen, dass es immer Probleme geben wird, wir glauben nicht ans Paradies – wir streiten für eine Welt, in der alle Zugang zu Medizin, Nahrung und Bildung haben – und wissen, dass dies möglich ist! Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg – ergo ein menschenwürdiges Leben für alle. Wir nennen es Sozialismus oder Kommunismus, andere nennen es Anarchismus oder schlicht eine bessere Welt: wofür wir kämpfen, ist eine freiheitliche Gesellschaft jenseits vom Kapitalismus.

Wir sind ein parteinaher Jugendverband, der die kritische Auseinandersetzung, aber auch Zusammenarbeit mit der Linkspartei sucht. Zugleich sind wir Teil außerparlamentarischer, z.B. globalisierungskritischer Bewegungen und beteiligen uns an Projekten wie den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Wenn du auch aktiv werden willst, komm einfach vorbei. In Berlin haben wir Gruppen in Mitte, Neukölln, Friedrichshain, Spandau, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf und Pankow. Wir schicken dir auch gerne Material zum Selberle-

sen, Verteilen und Verkleben zu und kommen mit Tipps und Ideen zu euch, wenn ihr eine eigene Gruppe aufbauen wollt.

Wann und wo sich die Bezirksgruppen treffen, Ankündigungen von weiteren Aktionen und vieles mehr findest du im Internet:

www.linksjugend-solid.de



linksjugend
['solid] 

ich möchte:

- mitmachen
- Infos über Linksjugend ['solid]

*auschneiden, abschicken:
Linksjugend-['solid] e.V. | kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

www.linksjugend-solid.de

Name

Adresse

Tel / Handy

Email



ROTDORN RADIO

Mit wechselnden Themenschwerpunkten machen wir politisches Radio mit Studiogästen, Livemitschnitten und Musik von Reggae/Ska über HipHop bis Punk.

Während der Sendung ist ein Zuhörer(innen)telefon freigeschaltet: 030/46 40 05 17

Einschalten und Mitdiskutieren!

An jedem 2. und 4. Montag im Monat um 20 Uhr

auf den Frequenzen des OKB

In Berlin: Antenne 97,2 oder Kabel 92,6

Anderswo: Livestream auf www.pkb.de



Alle Sendungen als mp3-file zum Download unter: www.ROTDORN.org